



# IVL<sup>SH</sup>-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen

ISSN 2191 – 9070

Heft 1 / April 2017

## Bildungsdämmerung im Land der Horizonte?



Redaktionsschluss für Heft 2: **28. Juni 2017**



Jetzt  
**30,- Euro**  
dbb-Start-  
guthaben<sup>1)</sup>  
sichern!

# 0,- Euro Bezügekonto<sup>2)</sup> der „Besten Bank“

<sup>1)</sup> Für Einzelmitglieder der Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb und ihre Angehörigen; Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.  
<sup>2)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice
- ✓ dbb-Vorteil: 30,- Euro Startguthaben<sup>1</sup>

 **dbb**  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

**Mehr Informationen? Gerne!**

Tel. 0 800/40 60 40 190 (kostenfrei)  
[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)

**BB**  **Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

2017, das Jahr der Wahlen und der Wahlkämpfe. Kaum ein Begriff wird in diesen Tagen so vergewaltigt wie „Gerechtigkeit“.

Was ist eigentlich Gerechtigkeit? Platon definierte Gerechtigkeit als innere Einstellung. Sie ist eine der sogenannten Kardinaltugenden, welche das Verhältnis von „Begehren“, „Mut“ und „Vernunft“ in Einklang bringt.

Gablers Wirtschaftslexikon definiert: „Gerechtigkeit regelt die Beziehungen von Menschen zu anderen Menschen, sie betrifft also Interaktionen, und sie enthält immer ein Moment von Gleichheit. Zentrale Frage ist, wie das „ius suum“, „sein Recht“, bestimmt wird.

Eine prägnante Definition liefert der römische Jurist Ulpian (170–228 n. Chr.): „Gerechtigkeit ist der feste und dauernde Wille, jedem sein Recht zuzuteilen“.

Aus der Frage „sein Recht“ wird deutlich, dass Gerechtigkeit auch individuell gesehen wird. Der Mensch, der Bürger, das Individuum definiert Gerechtigkeit, wenn er „sein Recht“ meint, individuell.

Die Politik, der Staat definiert Gerechtigkeit als Verteilungsprozess. Dieser Verteilungsprozess benötigt Regeln, somit ist Gerechtigkeit in ein Gesamtwerk von Strukturen, eben Regeln, einzubinden.

Die Politik will das „ius suum“ bestimmen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es „Gerechtigkeit“ unter Gleichen, also von Bürger zu Bürger, genauso wenig gibt wie unter „Ungleichen“, als Staat zu den Bürgern.

„Gerechtigkeit“ und „Ungerechtigkeit“ waren von jeher Wahlkampfthemen. Auch in diesem Jahr erleben wir das. Die Gerechtigkeit 2017 wird neu erfunden. Es hat den Anschein, wenn der jeweilige Parteivertreter von „mehr Gerechtigkeit“ redet, dass die „Ungerechtigkeit“ die vergangenen Jahre ausgezeichnet habe.

Schlagworte von Rentengerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Gendergerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit schwingen durch die Reden und Darlegungen. Was aber wird damit eigentlich ausgedrückt?

„Für mehr Bildungsgerechtigkeit in diesem Lande“ schwärmen SPD, Bündnis 90/GRÜNE und SSW. Meinen sie gar mit „Bildungsgerechtigkeit“ die Einheitsschule?

Qualifizierte und anerkannte Wissenschaftler haben in vielen Untersuchungen nachgewiesen, dass, wenn man „Bildung“ als Formungsprozess versteht, diese Formung auch einer Form bedarf, in die Bildung hineingegossen wird. Diese Form ist die Begabung oder auch Neigung.

Tausende, ja Hunderttausende von Lehrerinnen und Lehrer haben diese Wechselwirkung erkannt und immer wieder beschrieben. Schulischen und auch beruflichen Erfolg kann man nicht lernen. Es muss immer auch Begabung oder auch Neigung vorhanden sein.

Begabungen und Neigungen zu fördern ist Aufgabe der Eltern und auch der Schule, genauso wie das „Fordern“ Aufgabe von Eltern und Schule ist. Dieses „Fordern“ und „Fordern“ fordert Unterrichtsstrukturen, die auf Leistung und Individualität ausgerichtet sind. Differenzierter Unterricht bietet diese Individualität.

Einheitsschule und Einheitsunterricht bedürfen des Einheitslehrers. Vereinheitlichung schafft nicht „mehr Gerechtigkeit“. Vereinheitlichung schafft mehr „Ungerechtigkeit“.

„Die Gerechtigkeit ist nichts anderes als die Nächstenliebe des Weisen“, schrieb schon Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716).

Die IVL ist für Bildungsgerechtigkeit, wir fordern das „ius suum“.

Differenzierter Unterricht in kleinen Klassen mit qualifizierten Fachlehrern, das ist für uns Bildungsgerechtigkeit.

Ihr  
Harro Rhenius

Inhalt	
Editorial .....	3
Landesvertreterversammlung und Bildungskongress der IVK .....	4
Noch nie waren wir uns so einig: Podiumsdiskussion vor der Landtagswahl ..	5
Die Auswertung .....	8
Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2017 ....	9
Antworten der angeschriebenen Parteien	10
Reformation ist mehr als Martin Luther ...	22
Fortbildung im IVL-Bezirk Dithmarschen ..	23
Liebe Ruheständler .....	24
Geburtstage .....	24
Aktuelles aus dem Land zwischen den Meeren .....	26
Die Richtung stimmt! .....	26
Kommentar – Dissonanter Nachklang ....	28
Digitalisierung und Kommunikation .....	29
Mitgliederwerbung .....	30
Beitrittserklärung .....	31



## Landesvertreterversammlung und Bildungskongress der IVL: Lehrkräfte fordern Notenzeugnisse, abschlussbezogene Klassen und stellen sich an die Seite der Schulträger beim IT-Ausbau

Die Landesvertreterversammlung der Interessenvertretung der Lehrkräfte (IVL) hat am Mittwoch, 29. März 2017, bei ihrer Tagung im Hotel Kieler Kaufmann ihre Landesvorsitzende Grete Rhenius und den Pressereferenten Tade Peetz einstimmig bestätigt. Neu im Landesvorstand ist Dirk Meußner, der als weiterer Stellvertreter neben Peetz ins Vorstandsteam aufgenommen wurde. Karen Osnabrügge löst die langjährige Schriftführerin Susanne Suhr ab, die nicht wieder zur Wahl angetreten war. Elke Pries-Hoffmann bleibt die Frauenvertreterin des Verbandes.



Inhaltlich wurden folgende Schwerpunkte gesetzt: Die IVL fordert die Rückkehr zu Notenzeugnissen in allen weiterführenden Schulen, Ungleichbehandlungen von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien in diesem Bereich seien durch nichts zu rechtfertigen.

Weiter sollen in den Gemeinschaftsschulen wieder abschlussbezogene Klassen eingerichtet werden. Die durch die CDU eröffnete Strukturfrage in den Gymnasien müsse auch wieder Bewegung in das Modell Gemeinschaftsschule bringen und Fehler der Vergangenheit müssten auch in dieser Schulart korrigiert werden.

Die IVL fordert zudem das Land auf, die Schulträger finanziell so auszustatten, dass jede Schule mit einem Glasfaser-Breitbandanschluss und leistungsfähigem WLAN ausgestattet wird. Über Medienentwicklungspläne soll die Ausstattung der Schulen reibungslos mit den Schulträgern koordiniert werden.

Beim anschließenden Bildungskongress führte Dr. Matthias Burchardt (Universität Coloniensis) mit einem Kurzreferat in die anschließend von ihm und der Landesvorsitzenden Grete Rhenius moderierten Podiumsdiskussion mit dem stellv. CDU-Landesvorsitzenden Tobias Loose, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Martin Habersaat, Ines Strehlau von den Grünen und Anita Klahn, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion ein. Aufbauend auf den „Wahlprüfsteinen 2017“, die den Parteivorsitzenden übersandt wurden, wurden Wahlaussagen und Statements zur Bildungspolitik in diesem Lande auf den Prüfstand gestellt und hinterfragt.

*V.i.S.d.P. IVL-SH*

*Tade Peetz, Pressereferent, Heikendorf, 30. März 2017*

### Betrifft E-Mail-Adresse

Liebe IVL-Mitglieder,

E-Mails ermöglichen eine schnelle und komfortable Form der Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass man im Besitz einer aktuellen E-Mail-Adresse des Empfängers ist. Deshalb bittet Sie der IVL-Landesgeschäftsführer Michael Strobel, ihm die Neueinrichtung eines E-Mail-Postfachs oder die Änderung Ihrer E-Mail-Adresse mitzuteilen. Am besten mit einer kurzen E-Mail an: [info@ivl-sh.de](mailto:info@ivl-sh.de)

## Noch nie waren wir uns so einig: Podiumsdiskussion vor der Landtagswahl

Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Schleswig-Holstein, Landesdelegierte der IVL und andere interessierte Kolleginnen und Kollegen trafen sich am 29. März 2017 zur Podiumsdiskussion im schönen Hotel-Restaurant Kieler Kaufmann, um mit Vertretern von vier Parteien kurz vor der Landtagswahl zu diskutieren. Es waren diese Tobias Loose, stellvertretender CDU-Landesvorsitzender, Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Ines Strehlau von Bündnis90/Grünen und Anita Klahn, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.



Nach einem höchst ansprechenden, Reizthemen auf den Punkt bringenden Eingangsreferat von Dr. Matthias Burchardt (Universitatis Coloniensis) moderierten er und die IVL-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende, Grete Rhenius, die anschließende Podiumsdiskussion.

Noch nie habe ich erlebt, dass sich Lehrerschaft so einig sein kann, wie auf dieser Veranstaltung. Von allen Seiten war man sich bewusst, welche Probleme uns die Einrichtung der Gemeinschaftsschule gebracht hat.

„Macht besteht in dem Vermögen, die Tatsachen in die Flucht zu schlagen.“ (Peter Sloterdijk, Cicero). Dieses Zitat beschreibt zusammenfassend, was uns dann präsentiert wurde und gibt uns wenig Hoffnung auf Veränderung in der nächsten Zeit.

Hochschulzugangsberechtigung und Hochschulzugangsbefähigung stehen sich gegenüber. Die „Kultur des Durchwinkens“ (Dr. Burchardt) schafft Studenten, die nicht mehr studierfähig sind. Es fragt sich, ob die Hochschulen sich dem niedrigen Niveau anpassen sollten. Wollen wir das?

Wie nichtssagend die Ergebnisse der PISA-Studie sind, machte Dr. Burchardt uns an Beispielen klar. Die Bil-

dungshoheit sollte in den Händen der Länder bleiben, nicht der OECD. „Länger gemeinsam lernen“ ist eine „Wohlfühlformel“ (länger ist in Ordnung, gemeinsam ist schön, lernen ist auch in Ordnung), aber gemeinsames Lernen bedeutet. Zettel abzuarbeiten. Das ist vielfach eine Überforderung der gerade schwächeren Schüler, die die Ansprache durch den Lehrer mehr denn je bräuchten, der wiederum auch andere Schüler gleichzeitig bedienen muss. Diesen Spagat bekommt kein Mensch hin, insofern ist jeder Lehrer mit der Aufgabe der ständigen Binnendifferenzierung so überfordert, dass es ihn krank macht, während auch die Schüler für ihre Psyche nicht die Aufmerksamkeit erfahren, auf die sie m. E. ein Recht haben.

Die systematische Überforderung von Schule liegt in diesen Bereichen:

Die systematische Überforderung von Schule liegt in diesen Bereichen:

- Heterogenifizierung der Schülerschaft
- Binnendifferenzierung statt äußerer Differenzierung
- Neue Lernkultur statt Unterricht
- Sozialtechnologie statt pädagogisches Handeln
- Lernbegleiter statt Lehrer
- Individualisierung statt Gemeinschaft
- Anspruchsstärkung statt Stärkung
- Kompetenz statt Bildung
- Methoden statt Inhalte (Dr. Burchardt)

Dabei werden Lehreraufgaben auf Schüler übertragen. Zettel, Medien und selbst organisiertes Lernen seitens der Schüler sind die Folge.

Die Wirklichkeit wird zugunsten von Verheißungen aufgegeben – ein typisches Kennzeichen von Ideologien. Bei der Frage, was man denn unter Bildung verstehe, waren sich die Parteivertreter sehr einig: Qualifizierung, Eigenverantwortlichkeit, erfüllendes Leben ermöglichen, nötige Schulabschlüsse erreichen, Verantwortung übernehmen können, gemeinsame Ziele erreichen.



- Was macht einen guten Lehrer aus?  
**Strehlau:** Er solle authentisch sein und gutes Fachwissen haben.

**Klahn:** Fachwissen, Kompetenz, Führung, um Ziele zu erreichen, Hilfestellungen geben, Vertrauen bieten, gutes Händchen fürs Zusammenstellen von Lerngruppen, Sympathieträger für Schüler, Zusammenarbeit mit Eltern

- Was ist guter Unterricht?

**Klahn:** pünktlich beginnend, vorbereitet, strukturiert, ruhige Kinder nicht als Puffer für unruhige benutzen lassen, Mädchen und Jungen gleichermaßen ansprechend, der Lehrer führt den Unterricht.

**Habersaat:** Schüler sollen etwas lernen: fachlich oder sozial. Die Form ist zweitrangig. Der Lehrer plant den Unterricht.

Erwähnte Dr. Burchardt die „Leuchttürme“: innen hohl, strahlen nach außen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Grete Rhenius kritisierte die Schulbesuche durch Politiker, die immer eine entsprechend gut vorbereitete „Leuchtturm“-schule (nach Dr. Burchardt strahlen sie nach außen, sind aber innen hohl) vorfänden. Sie wollen das vorhandene Chaos nicht zu zeigen, weil sie Maßnahmen seitens der Schulaufsicht befürchten. Das ist Realität: „Sanktionspolitik“, so Dr. Burchardt.

- Wie ist die Lage heute? Wir sagen, Lehrer und Schüler baden die Veränderungen seit PISA aus. Der „Schulfrieden“ ist trügerisch.

Das neue System nichts gebracht. (Dr. Burchardt/Rhenius)

**Loose:** Fortschritte in einigen Bereichen. Wir bräuchten klare Qualitätsstandards. Wir haben die in Deutschland einmalige Duale Ausbildung, die unsere Stärke ist, leider geschwächt.

**Klahn:** PISA wird für alles als Argument benutzt, wenn man etwas durchsetzen möchte. Im Augenblick bilden wir Schüler nicht genügend aus für das Berufsleben.

**Strehlau:** sprach sich für die Ganztagschule aus, um soziale Unterschiede aufzuheben. (Thema verfehlt?). „Kompetenz steht nicht gegen Bildung.“

Auf diese Äußerung gab es vehementen Protest aus dem Publikum.

- Frage: Wie fühlt sich ein schlechter Schüler in einer Gemeinschaftsschule?

Die Gemeinschaftsschule ist das teuerste System, um Wissen zu erlangen. Wussten die Politiker das nicht vorher oder sagte man es ihnen nicht?

- Wie soll es weitergehen?

**Strehlau:** bessere Schulausstattung und Lehrerversorgung – Ziel 105 %. Es sollen mehr Sonderschulpäda-

gogen ausgebildet werden. Ein freiwilliges soziales Jahr an Schulen anbieten.

**Habersaat:** Freiwilliges soziales Jahr an Schulen: gut.

**Loose:** bessere Unterrichtsversorgung: viel Geld für DAZ, Inklusion, Differenzierung nötig. Bekenntnis zum Leistungsgedanken. Mehr Lehrer, die nach Lehrerbearbeitungsprognose eingesetzt werden.

**Habersaat:** Dass Lehrer Klassenfahrten selbst bezahlen, muss geändert werden.

**Klahn:** Schulen sollten entscheiden, ob sie differenzieren oder nicht oder ob und wie Inklusion durchgeführt wird. Man kaschiert Mängel. Leistung darf nicht heruntergefahren werden, um am Ende die Quoten zu erhöhen. Das Fach NaWi soll wieder aufgehoben und in Physik, Chemie und Biologie zurückgeführt werden. Schüler sollen durch guten naturwissenschaftlichen Unterricht schon in den Grundschulen motiviert werden.

Grete Rhenius: Schwache in Gemeinschaftsschulen zu fördern, gelingt nicht. Wir brauchen wieder abschlussbezogene Bildungsgänge.

**Strehlau:** führt Sachsen als Vorbild an für gemeinschaftliches, erfolgreiches Unterrichten. Nur da irrt Frau Strehlau: In Sachsen gibt es ab Klassenstufe 7 abschlussbezogene Klassen und ein ausgeprägtes Förderschulsystem.

Auch Dr. Burchardt wusste aus Baden-Württemberg zu berichten, dass das Gemeinschaftsschulsystem zu Lasten der Schwachen geht, die Lernen nicht selbst organisieren können. Sie brauchen die direkte Ansprache durch die Lehrer.

**Strehlau:** führt dann die Flexklassen als Bereicherung an und war damit wieder einmal am Thema vorbeigegangen.

**Loose:** Schüler entwickelten sich unterschiedlich. Wir brauchen eine unterschiedliche Lehrerausbildung. Lehrer können nicht alles auf einmal machen. Die Finanzierbarkeit ist ein Problem. Schulen sollen selbst entscheiden, ob sie abschlussbezogene Klassen haben wollen.

Grete Rhenius: Man darf diese Entscheidung nicht den Schulen überlassen. Die Politik stiehlt sich aus der Verantwortung. Schulen brauchen Sicherheit, Eltern brauchen Sicherheit, wenn es um die Wahlmöglichkeit für die Schule ihrer Kinder geht.

**Habersaat:** Abschlussbezogene Klassen wird es mit der SPD nicht geben. Einführung einer „Jugendberufsagentur“ ab Klasse 8.

**Strehlau:** Lehrerteam solle sich einmal hinsetzen, um für ein halbes Jahr den Unterricht vorzubereiten.

Das Publikum zollte dieser Bemerkung spontanes Lachen.



Eine Kollegin gab zu bedenken, dass Schüler sehr vom Lob und der Rückmeldung des Lehrers abhängig sind. Daher darf die Erklärung von Aufgaben dürfe nicht von Zetteln kommen.

Eine andere Lehrkraft: Die Probleme, die wir jetzt haben, sind erst durch das Abschaffen des 3-gliedrigen Schulsystems entstanden.

richtet wird. Auch NaWi soll nur den Lehrermangel verbergen.

In der Diskussion stellte Dr. Burchardt dar, dass der Weg in die Mündigkeit eine Vielzahl an Weltzugängen durch verschiedene Fächer erfordere. Pädagogik gelänge, wenn Fachlichkeit und Lehrerpersönlichkeit die Schülerinnen und Schüler ansprechen. Wir sollten uns fragen,

ob dass, was wir tun einen Sinn hat und ob die Fundamente unserer humanistischen Kultur gewährleistet sind.

Eine Kollegin beklagte den rapiden Rückgang der Schülerzahlen für die zweite Fremdsprache durch die WPU-Kurse, der nicht vertretbar ist in unserer globalisierten Welt, und die ungeheuren Wissenslücken im Fach Englisch in den 10. Klassen.

Ein Mathematiklehrer sprach sich gegen die Binnendifferenzierung im Fach Mathematik aus, da Schüler das persönliche Erklären von mathematischen Schritten brauchen und viele nicht zu ihrem Recht kommen, wenn einzelnen Schülern laufend Erklärungen gegeben werden müssen.

Die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen bleibt ein Thema. Gerade die sensiblen Lehrer sind die anfälligen, wenn es um Krankheit geht. Aber gerade diese Lehrer sind es, die für die Schüler sehr wichtig sind, denn sie empfinden ihren Beruf als Berufung.

Geradezu grandios war das Beispiel einer Kollegin, die uns die Unmöglichkeit der individuellen Förderung von 25 und mehr Schülern in einer Klasse vor Augen führte: Ein Skilehrer hat vier Schüler

Schüler 1: Profi, will sich auf Wettbewerb vorbereiten

Schüler 2: Anfänger

Schüler 3: hat nur ein Bein

Schüler 4: ist ein guter Läufer

Der Lehrer hat die Verantwortung und soll allen 4 Schülern gerecht werden: Der erste ist schon lange weggefahren, der zweite braucht eine detaillierte Anleitung, der dritte weiß gar nicht, wie er es machen soll und der vierte hat sich in einer Schneewehe festgefahren und braucht Hilfe. Wie soll der Lehrer das allein bewerkstelligen? **Und es sind nur 4!**

Die Situation an den Gemeinschaftsschulen ist desolat für Schüler und Lehrer.

Wir hoffen, dass diese Diskussion Früchte trägt, dass unsere Politiker unsere Argumente verstehen, in ihrem Herzen bewegen und entsprechend handeln.

*Elke Pries-Hoffmann/Grete Rhenius*



Und dann kam eine geradezu ungeheuerliche Sache auf den Tisch:

Ein Kollege berichtete von den verschiedenen Anforderungen in den vom Ministerium zugeschickten Fachanforderungen für NaWi und die Fächer Physik, Chemie, Biologie:

Letztere dürfen nicht an Gemeinschaftsschulen benutzt werden. Da die „Flachanforderungen“ von NaWi in keinsten Weise mit den Fachanforderungen der einzelnen Fächer zu vergleichen sind (allein vom Umfang nicht), werden die Schüler, die später zum Gymnasium gehen wollen, nicht mit den für diese Schulart erforderlichen Grundlagen versehen.

Diese Ungleichbehandlung verhindert die Durchlässigkeit und bedeutet alles andere als Bildungsgerechtigkeit. Dasselbe gilt auch für das Fach Englisch: Die an weiterführenden Schulen verlangte Arbeitsform „Guided Textwork“ ist für Gemeinschaftsschulen nicht vorgesehen. Wir fragen uns, ob das politisch gewollt sein kann oder ob es einfach ein organisatorisches Problem ist, weil die Fachanforderungen an den nötigen Stellen im Ministerium nicht kontrolliert wurden.

Wer sind die **Verlierer**? Die **Schüler!**

Grete Rhenius wies darauf hin, dass wir früher ein durchlässiges System hatten. Außerdem fehlt die 2. Fremdsprache, die am Gymnasium ab Klassenstufe 6 unter-

## Die Auswertung

Unserem IVL-Magazin vom November 2016 hatten wir einen Fragebogen mit 13 Fragen beigefügt, die auf den zahlreichen Anfragen basierten, die von unseren Mitgliedern an den Vorstand gerichtet wurden.

Bei der Erarbeitung des Fragebogens sollten vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die noch täglich im Schuldienst stehen, im Mittelpunkt stehen. Wir haben dabei in Kauf genommen, dass durch das Beigeben zum Magazin Streuverluste auftreten würden.

Neben unseren Mitgliedern haben die Gemeinschaftsschulen ohne und mit Oberstufe, Grund- und Förderschulen unseren Fragebogen erhalten. Dass die Fragen auf Interesse gestoßen sind, konnten wir den zahlreichen kopierten Rücksendungen entnehmen.

Ca. 160 Fragebögen haben wir zurückbekommen. Bei der angesprochenen Zielgruppe sind das knapp 10% Rückläufer.

Wir können also von einem repräsentativen Umfrageergebnis ausgehen.

Wissen wollten wir,

1. wie es sich mit dem Respekt der Schüler gegenüber der Lehrkraft verhält,
2. wie die Aufmerksamkeit der Schüler im Unterricht ist,

3. wie die Lernbereitschaft der Schüler in der Schule ist,
4. wie die Lernbereitschaft der Schüler zu Hause ist,
5. wie es um die Zusammenarbeit mit den Eltern steht,
6. wie es mit dem Unterricht auf unterschiedlichem Niveau, jedem Schüler gerecht zu werden, steht,
7. wie um die Menge des Arbeitspensums einer Lehrkraft mit voller Stundenzahl steht,
8. wie häufig die Lehrkraft verbale Entgleisungen der Schüler erlebt,
9. wie häufig die Lehrkraft verbale Entgleisungen der Eltern hinnehmen muss,
10. wie häufig Vertretungsstunden in Hohlstunden geleistet werden,
11. wie häufig die einzelne Lehrkraft am Wochenende arbeiten muss,
12. wie die zeitliche Belastung eingeschätzt wird, und
13. kann ihrer Meinung nach, unter den aktuellen Bedingungen an Schulen, ein befriedigendes Leistungsniveau aufrechterhalten werden.

Als vorgegebene Antworten, die angekreuzt werden sollten, hatten wir die nachfolgende Kategorisierung vorgeschlagen.

(++) nicht	(+) kaum	(+-) manchmal	(-) oft	(--) sehr
anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;

### Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

#### IVL-SH Landesvorsitzende:

Grete Rhenius  
Körnerstr. 27, 23564 Lübeck  
Tel./Fax: 0451 / 505 87 40  
E-Mail: grete.rhenius@ivl-sh.de

#### IVL-Geschäftsstelle:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld  
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62  
Fax: 0 41 91 / 6 09 13  
E-Mail: info@ivl-sh.de

#### IVL-Pressereferent:

Tade Peetz  
Stückenberg 15, 24226 Heikendorf  
Tel.: 0431 / 2 39 19 35  
E-Mail: tade.peetz@ivl-sh.de

#### Redaktionsanschrift:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld  
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62  
Fax: 0 41 91 / 6 09 13  
E-Mail: info@ivl-sh.de

#### ISSN 2191-9070

**Homepage:** [www.ivl-sh.de](http://www.ivl-sh.de)

#### Redaktion:

Harro Rhenius, Tade Peetz

#### Herstellung:

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH  
Ingolstädterstr. 102, 85276 Pfaffenhofen  
Tel.: 0 84 41 / 8068-0  
Fax: 0 84 41 / 8068-68  
[www.humbach-nemazal.de](http://www.humbach-nemazal.de)



Auffällig war, dass auch Zwischenantworten gegeben wurden, das Kreuz wurde dann mittig gesetzt, so dass zwei Antworten zu Bewertung kommen sollte. Diese Antworten haben wir als „nicht gegeben“ eingeordnet. Auch wurden nicht immer alle Fragen beantwortet.

Im Einzelnen ergibt die Auswertung der Fragen das folgende Bild:

	<b>(++)</b> <b>nicht</b> anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	<b>(+)</b> <b>kaum</b> anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	<b>(+-)</b> <b>manchmal</b> anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	<b>(-)</b> <b>oft</b> anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	<b>(--)</b> <b>sehr</b> anstrengend; schwierig; unbefriedigend; frustrierend; verbesserungswürdig;	
1. <b>Respekt</b> der Schüler <b>gegenüber der Lehrkraft</b>	3 %	13 %	<b>51 %</b>	25 %	8 %	
2. <b>Aufmerksamkeit</b> der Schüler <b>im Unterricht</b>	1 %	7 %	36 %	<b>50 %</b>	6 %	
3. <b>Lernbereitschaft</b> der Schüler <b>in der Schule</b>	1 %	12 %	39 %	<b>44 %</b>	1 %	
4. <b>Lernbereitschaft</b> der Schüler <b>zu Hause</b>	1 %	9 %	20 %	<b>50 %</b>	20 %	
5. <b>Zusammenarbeit</b> der Lehrkraft mit den <b>Eltern</b>	4 %	21 %	<b>50 %</b>	25 %	0 %	
6. Unterricht <b>auf unterschiedlichen Niveaus</b> mit dem Ziel, <b>jedem Schüler gerecht zu werden</b>	0 %	9 %	19 %	31 %	<b>41 %</b>	
7. <b>Menge des Arbeitspensums</b> einer Lehrkraft mit voller Stundenzahl	0 %	1 %	13 %	30 %	<b>56 %</b>	
8. Wie häufig erleben Sie <b>verbale Entgleisungen von Schülern?</b>	3 %	22 %	<b>43 %</b>	29 %	3 %	
9. Wie häufig erleben Sie <b>verbale Entgleisungen von Eltern?</b>	23 %	<b>37 %</b>	30 %	8 %	2 %	
10. Wie häufig leisten Sie <b>Vertretungsunterricht in Hohlstunden?</b>	11 %	33 %	<b>35 %</b>	18 %	3 %	
11. Wie häufig <b>arbeiten</b> Sie <b>am Wochenende?</b>	2 %	2 %	18 %	<b>48 %</b>	30 %	
12. Wie schätzen Sie <b>Ihre zeitliche Belastung</b> ein?	1 %	5 %	18 %	<b>43 %</b>	33 %	
13. <b>Kann Ihrer Meinung nach unter den aktuellen Bedingungen an Schulen ...</b>				ja	nein	vielleicht
a.) ... ein <b>befriedigendes Leistungsniveau</b> an Schulen aufrechterhalten werden?				3 %	78 %	19 %
b.) ... jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten <b>optimal gefördert und gefordert</b> werden?				2 %	89 %	9 %
c.) ... die <b>Lehrergesundheit</b> langfristig <b>erhalten</b> bleiben?				2 %	79 %	19 %

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2017

Wie auch bei der Landtagswahl 2012 haben wir, um unseren Mitgliedern einen Überblick über die Wahlaussagen der Parteien zum Thema Bildung und Schule zu geben, die im Landtag vertretenen Parteien angeschrieben und Fragen gestellt.

Diese Fragen wurden bei der im Dezember 2016 stattgefundenen Arbeitsgruppensitzung festgelegt.

1. Sehen Sie den Bedarf das System der Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln? In welcher Weise?
2. Schließen diese Pläne weitere äußere Leistungs-differenzierungen ein?
3. Wie stehen Sie zur Einrichtung abschlussbezogener Klassen bzw. Bildungsgänge?
4. Sehen Sie die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion erfüllt?
5. Wo sehen Sie die besonderen Probleme im inklusi-

ven Schulalltag? Welche Lösungsansätze vertritt Ihre Partei?

6. Stellt Ihre Partei die Förderzentren als „Schule mit Schülern“ zur Disposition?
7. Wie stehen Sie zur Wahlfreiheit der Eltern, sich für eine inklusive Beschulung in einer Regelschule oder für die Beschulung in einem Förderzentrum entscheiden zu können?
8. Welche Folgen hatte aus Ihrer Sicht die Abschaffung der Schulartempfehlung im vierten Schuljahr? Hat sie sich bewährt?
9. Ausbildungsbetriebe und Hochschulen monieren, dass die guten Noten in Abschlusszeugnissen nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich sind. Teilen Sie die Befürchtung, dass

- der Leistungsgedanke an den Schulen an Bedeutung verliert und die Absenkung des Leistungsniveaus zu einer Inflation an höheren Abschlüssen führt? Wenn ja, wie wollen Sie dem entgegenwirken?
10. Sollen die Schulen wieder die Möglichkeit haben, über die Wiederholung eines Schuljahres zu entscheiden?
  11. Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer besteht nicht nur aus der Unterrichtsverpflichtung. Hinzukommen immer mehr außerschulische Aufgaben, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Lehrkräfte entlasten?
  12. Lehrgesundheit: Gemäß einer Umfrage beruhen 60% aller nicht erteilten Unterrichtsstunden auf Erkrankungen der Lehrkräfte. Welche Konsequenzen beabsichtigt Ihre Partei aus dieser Feststellung zu ziehen?
  13. Wie reagieren Sie auf wachsende Gewalt gegenüber vor allem weiblichen Lehrkräften?
  14. Die Unterrichtsversorgung erreicht nur an den Grundschulen 100%. An anderen Schularten liegt sie z.T. erheblich darunter. Um Unterrichtsausfall aufzufangen und eine annähernd 100% Unterrichterteilung zu gewährleisten, muss die Planstellenzuweisung bei den von uns geforderten 105% liegen. Wie wird Ihre Partei in Regierungsverantwortung dieser Forderung gerecht?
  15. Wie beabsichtigt Ihre Partei mehr Lehramtsstudenten für Fächer wie Chemie und Physik zu gewinnen, um den eklatanten Mangel in diesen Fächern zu begegnen und die Unterrichtsversorgung in diesen Fächern zu gewährleisten.
- Die Antworten der angeschriebenen Parteien finden Sie auf den folgenden Seiten. Die Gegenüberstellung der Antworten können Sie auf unserer Homepage finden.

## Antworten der angeschriebenen Parteien:

### SPD Schleswig-Holstein

#### **1. Sehen Sie den Bedarf, das System der Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln? In welcher Weise?**

Das Schulsystem in Schleswig-Holstein ist seit 2012 gerechter, leistungsfähiger und durchlässiger geworden. Mit den Gemeinschaftsschulen und den Gymnasien haben wir bei den weiterführenden Schulen zwei Wege mit jeweils eigenen Stärken.

An jeder Schulart sind alle Abschlüsse möglich. In höheren Klassenstufen kommen die Beruflichen Schulen als weitere Möglichkeit dazu. Durch den in einem Bildungsdialog gemeinsam vereinbarten Schulfrieden können sich die Schulen voll auf die Qualität des Unterrichts konzentrieren.

An diese Vereinbarung fühlen wir uns gebunden. Deshalb planen wir keine weiteren strukturellen Veränderungen. Stattdessen konzentrieren wir uns auf die Verbesserung der Unterrichtsversorgung, interne Schulentwicklungsprozesse und die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für guten Unterricht.

#### **2. Schließen diese Pläne weitere Möglichkeiten der äußeren Leistungsdifferenzierung ein?**

Weitere Möglichkeiten zu äußeren Leistungsdifferenzierung sind nicht geplant.

#### **3. Wie stehen Sie zur Einrichtung abschlussbezogener Klassen bzw. Bildungsgänge?**

Die Einrichtung von neuen abschlussbezogenen Klassen ist nicht geplant.

#### **4. Sehen Sie die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion erfüllt?**

Die Voraussetzungen für erfolgreiche Inklusion sind im Wesentlichen erfüllt. Gleichzeitig arbeiten wir fortlaufend an der Verbesserung der Rahmenbedingungen. Dafür benötigen wir mehr qualifiziertes Personal. Damit sind nicht nur Lehrkräfte, sondern auch Schulassistentinnen und Schulassistenten sowie Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter gemeint.

#### **5. Wo sehen Sie die besonderen Probleme im inklusiven Schulalltag? Welche Lösungsansätze vertritt Ihre Partei?**

Das wichtigste Problem ist aktuell noch die Personalausstattung. Darauf reagieren wir mit mehr qualifiziertem Personal. Damit sind nicht nur Lehrkräfte, sondern auch Schulassistentinnen und Schulassistenten sowie Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter gemeint. Wir werden die Mittel für Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit und Schulassistenz weiter erhöhen und eine sachgerechte Ausstattung der Schulen mit Fachkräften sicherstellen.

Außerdem werden wir die Ausbildung der Lehrkräfte und Schulassistenten noch stärker auf das Thema Inklusion ausrichten. Dazu gehört auch die Berücksichtigung der Bedürfnisse chronisch kranker Kinder.

## **6. Stellt Ihre Partei die Förderzentren als „Schule mit Schülern“ zur Disposition?**

Die Förderzentren als „Schule mit Schülern“ werden nicht in Frage gestellt. Auch in Zukunft wird es Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf geben, die im inklusiven Unterricht nicht optimal gefördert werden können. Deshalb wird es auch in Zukunft Förderzentren geben, die ihre Schüler selbst unterrichten.

## **7. Wie stehen Sie zur Wahlfreiheit der Eltern, sich für eine inklusive Beschulung in einer Regelschule oder für eine Beschulung in einem Förderzentrum entscheiden zu können?**

Der Optimalfall ist, dass die Entscheidung über die Beschulung der Kinder im Konsens getroffen wird. Klar ist auch, dass die Eltern dafür bestmögliche Beratung brauchen. Im Bereich der Lernbehinderung sollte allerdings der inklusive Weg die Regel sein.

Das Verfahren, bei dem sowohl die Schule als auch die Eltern beantragen können, dass bei dem Kind ein sonderpädagogischer Förderbedarf geprüft wird und dass die Schulaufsicht die Entscheidung trifft, hat sich bewährt.

## **8. Welche Folgen hatte aus Ihrer Sicht die Abschaffung der Schulartempfehlung im vierten Schuljahr? Hat sie sich bewährt?**

Die Abschaffung der Schulartempfehlung hat insbesondere den Elternwillen gestärkt. Aus unserer Sicht hat sich das Verfahren bewährt, bei dem sich die Eltern von den Lehrerinnen und Lehrern ihrer Kinder kompetent beraten lassen, statt nur eine kurze Empfehlung zu erhalten.

## **9. Ausbildungsbetriebe und Hochschulen monieren, dass die guten Noten in Abschlusszeugnissen nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich sind. Teilen Sie die Befürchtung, dass der Leistungsgedanke an den Schulen an Bedeutung verliert und die Absenkung des Leistungsniveaus zu einer Inflation an höheren Abschlüssen führt? Wenn ja, wie wollen Sie dem entgegenwirken?**

Dieser Vorwurf ist so alt wie die Schulpflicht selbst. Vergleichende Bildungsstudien zeigen uns, dass die schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler im nationalen und internationalen Vergleich stärker geworden sind.

## **10. Sollten die Schulen wieder die Möglichkeit haben, über die Wiederholung eines Schuljahres zu entscheiden?**

Zu der positiven Auswirkungen des Sitzenbleibens gibt es keine überzeugenden didaktisch-pädagogischen Studien. Aus diesem Grund wird es bei der aktuellen Regelung bleiben.

## **11. Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer besteht nicht nur aus der Unterrichtsverpflichtung. Hinzukommen immer mehr außerschulische Aufgaben, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Lehrkräfte entlasten?**

Gemeinsam mit den Schulträgern arbeiten wir an Wegen, um die Lehrkräfte von unterrichtsfernen Tätigkeiten zu entlasten. Dabei arbeiten wir insbesondere an der Schaffung zusätzlicher Stellen sowie der Entschlackung bei Verwaltungs- und Dokumentationspflichten.

## **12. Lehrgesundheit: Gemäß einer Umfrage beruhen 60% aller nicht erteilten Unterrichtsstunden auf Erkrankungen der Lehrkräfte. Welche Konsequenzen beabsichtigt Ihre Partei aus dieser Feststellung zu ziehen?**

Wir werden das betriebliche Gesundheitsmanagement an Schulen stärken und dazu mehr Fortbildungsangebote schaffen.

Außerdem arbeiten wir daran, Stressfaktoren zu reduzieren. Unter anderem indem wir die Unterrichtsversorgung verbessern.

## **13. Wie reagieren Sie auf wachsende Gewalt gegenüber vor allem weiblichen Lehrkräften?**

Der Gewalt stellen wir uns konsequent entgegen. Gerade Schulen müssen ein angst- und gewaltfreier Raum sein. Wir wollen deshalb, dass Angriffe auf öffentliche Hoheitsträger auch strafrechtlich härter verfolgt werden.

## **14. Die Unterrichtsversorgung erreicht nur an Grundschulen 100%. An anderen Schularten liegt sie z.T., erheblich darunter. Um Unterrichtsausfall aufzufangen und eine annähernd 100% Unterrichtsverteilung zu gewährleisten, muss die Planstellenzuweisung bei den von uns seit Jahren geforderten 105% liegen. Wie wird Ihre Partei in Regierungsverantwortung dieser Forderung gerecht werden?**

Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode im Herbst 2012 ehrlich bilanziert: Unseren Schulen fehlten rund 1 600 Stellen für Lehrkräfte. Die Stellenkürzungen der



CDU/FDP-Vorgängerregierung haben wir deshalb zurückgenommen. Heute haben wir rund 2 000 Lehrerinnen und Lehrer mehr als von der Vorgängerregierung geplant. Unser Ziel ist eine flächendeckende und in allen Schulfächern ausreichende 100%ige Unterrichtsversorgung. Das wollen wir für alle allgemeinbildenden Schulen des Landes bis 2019 erreichen; für berufsbildende Schulen bis 2021. Über den Fortschritt legen wir regelmäßig umfangreich Rechenschaft ab.

## **15. Wie beabsichtigt Ihre Partei mehr Lehramtsstudenten für Fächer wie Chemie und Physik zu gewinnen, um den eklatanten Mangel in diesen Fächern zu begegnen und die Unterrichtsversorgung in diesen Fächern zu gewährleisten.**

Bei den bestehenden Mangelfächern sehen wir den Bedarf einer landesweiten Initiative zur Bewerbung, um in diesem Bereich eine möglichst zeitnahe und ausreichende Unterrichtsversorgung zu ermöglichen. Gleichzeitig sind wir offen für Ideen von Gewerkschaften und Verbänden.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SH**

### **1. Sehen Sie den Bedarf, das System der Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln? In welcher Weise?**

Das System hat sich bewährt. Gemeinsam mit und für Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe wollen wir neue Perspektiven entwickeln. Viele Gemeinschaftsschulen haben eine besondere Praxisorientierung. Mit einer Stärkung von Flex- und Praxisklassen und einem anspruchsvollen Technikprofil können viele dieser Gemeinschaftsschulen punkten. Wir wollen, dass Gemeinschaftsschulen „ohne Oberstufe“ sich in der Wahrnehmung zu Gemeinschaftsschulen „mit praktischer Orientierung“ entwickeln. Dabei spielen unsere Coaches, die Jugendliche in den Schulen frühzeitig und individuell beruflich beraten, eine große Rolle.

### **2. Schließen diese Pläne weitere Möglichkeiten der äußeren Leistungsdifferenzierung ein?**

Nein. Wir haben den Eindruck, dass die Möglichkeiten zur äußeren Differenzierung ausreichend sind. Dies hat auch der Bildungsdialog so bestätigt.

### **3. Wie stehen Sie zur Einrichtung abschlussbezogener Klassen bzw. Bildungsgänge?**

Wir haben die Flex-Klassen im Schulgesetz verankert. Darüber hinaus sehen wir keinen Bedarf – siehe auch Antwort auf Frage 2.

### **4. Sehen Sie die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion erfüllt?**

Die Landesregierung hat mit zwei Gutachten Klärung in zwei wesentlichen Fragen herbeigeführt: In der ersten Studie von Prof. Klemm wurde der nötige zusätzliche Personalbedarf (rund 500 zusätzliche Stellen) beziffert. An der Umsetzung arbeiten wir. Auch der Übergang von der Schule in den Beruf weist noch deutlich Lücken auf. Die zweite Studie von Prof. Baethge gibt für diesen bundesweit zu wenig beachteten Bereich wichtige Hinweise.

### **5. Wo sehen Sie die besonderen Probleme im inklusiven Schulalltag? Welche Lösungsansätze vertritt Ihre Partei?**

Wir wissen, dass die Personalausstattung nicht ausreicht und steuern mit zusätzlichen 13 Mio. Euro für Schulsozialarbeit und Schulasstistenzen, 100 zusätzlichen Förderlehrkräften und einer besseren Grundausrüstung von Schulen nach. Der darüberhinausgehende Bedarf ist im Gutachten von Prof. Klemm beziffert und wird nach und nach gedeckt.

Zudem sehen wir besonderen Bedarf im Bereich von Emotional-Sozialem Förderbedarf. Hier brauchen wir eine bessere und systematischere Einbeziehung der Kinder- und Jugendhilfe. In einigen Kreisen gelingt das schon sehr gut.

Zudem wollen wir hundert Prozent Unterrichtsversorgung plus einen Bildungsbonus für Schulen mit besonders hohen sozialen Herausforderungen.

Zudem sollen Wege gefunden werden, dass alle Schulen inklusiv arbeiten können und nicht nur manche diese Aufgabe angehen, das geht aber nur gemeinsam und im Dialog.

### **6. Stellt Ihre Partei die Förderzentren als „Schule mit Schülern“ zur Disposition?**

Nein, wir sehen aber, dass viele Förderzentren Lernen und Sehen genau das für sich als richtigen Weg sehen.

### **7. Wie stehen Sie zur Wahlfreiheit der Eltern, sich für eine inklusive Beschulung in einer Regelschule oder für eine Beschulung in einem Förderzentrum entscheiden zu können?**

Diese Wahlfreiheit finden wir gut.

### **8. Welche Folgen hatte aus Ihrer Sicht die Abschaffung der Schulartempfehlung im vierten Schuljahr? Hat sie sich bewährt?**

Es gibt weiterhin eine Schulartenempfehlung, aber

mündlich im Elterngespräch am Ende des ersten Halbjahres der vierten Klasse. Für eine schriftliche und bindende Empfehlung fehlt ein praktikabler Vorschlag, wie diese aussehen soll, wenn es zwei Schularten gibt, die beide zum Abitur führen können. Wir halten Vorschläge pädagogisch für falsch, die Kindern im Alter von zehn Jahren schriftlich bescheinigen wollen, welchen Schulabschluss sie erreichen werden.

**9. Ausbildungsbetriebe und Hochschulen monieren, dass die guten Noten in Abschlusszeugnissen nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich sind. Teilen sie die Befürchtung, dass der Leistungsgedanke an den Schulen an Bedeutung verliert und die Absenkung des Leistungsniveaus zu einer Inflation an höheren Abschlüssen führt? Wenn ja, wie wollen Sie dem entgegenwirken?**

Der Leistungsgedanke verliert nicht an Bedeutung, wir wissen aber, dass diese Klage seit Menschengedenken zur Schule gehört. Möglicherweise sind die Wege zu mehr Leistung aber auf anderem Wege zu erreichen, als der IVL es sich vorstellt. Wenn Sie sich den aktuellen Ländervergleich anschauen, kann man das Klagelied des Leistungsabfalls jedenfalls nicht erkennen. Deutlich wird aber, dass bestimmte Fähigkeiten sich verschieben.

Wir freuen uns, dass die Ministerin in engem Austausch mit den Betrieben steht und – faktenbasiert – an der Qualität arbeitet und auch die Berufsorientierung in den Vordergrund stellt.

**10. Sollten die Schulen wieder die Möglichkeit haben, über die Wiederholung eines Schuljahres zu entscheiden?**

Wir finden die jetzige Regelung sinnvoll und bekommen auch von Seiten vieler Lehrkräfte Bestätigung.

**11. Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer besteht nicht nur aus der Unterrichtsverpflichtung. Hinzukommen immer mehr außerschulische Aufgaben, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Lehrkräfte entlasten?**

Die ehrliche Eröffnungsbilanz hat deutlich gemacht, wie viel Stellen fehlen. Dies hat disziplinierend gewirkt und uns in der letzten Legislatur davon abgehalten, neue Aufgaben an die Schulen zu delegieren. Weitere Schulstrukturdebatten und gesetzliche Änderungen ohne Dialog im Vorfeld lehnen wir darum ab.

**12. Lehrgesundheit: Gemäß einer Umfrage beruhen 60% aller nicht erteilten Unterrichtsstunden auf Erkrankungen der Lehrkräfte. Welche Konsequenzen beabsichtigt Ihre Partei aus dieser Feststellung zu ziehen?**

Wir stellen mehr Lehrkräfte ein, um die Belastungen zu senken, setzen auf die Stärkung interdisziplinärer Teams und wollen das Gesundheitsmanagement in den Schulen stärken. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode einen Bildungsdialo g zum Thema Gesunde Schule.

**13. Wie reagieren Sie auf wachsende Gewalt gegenüber vor allem weiblichen Lehrkräften?**

Obwohl es laut der polizeilichen Kriminalstatistik sowohl bei der Anzahl der Polizeieinsätze als auch bei den Straftaten an der Tatörtlichkeit Schule seit 2008 (950) einen konstanten Rückgang (auf 630 in 2015) gegeben hat, nehmen auch wir wahr, dass Gewalt an vielen Schulen ein Thema ist und werden zu einem Fachgespräch einladen, um Ansatzpunkte für Strategien der Prävention und Intervention zu identifizieren.

**14. Die Unterrichtsversorgung erreicht nur an Grundschulen 100%. An anderen Schularten liegt sie z.T. erheblich darunter. Um Unterrichtsausfall aufzufangen und eine annähernd 100% Unterrichtsverteilung zu gewährleisten, muss die Planstellenzuweisung bei den von uns seit Jahren geforderten 105% liegen. Wie wird Ihre Partei in Regierungsverantwortung dieser Forderung gerecht werden?**

Unsere Partei hat sich überhaupt für diese Berechnung eingesetzt – wir freuen uns, dass Sie diese Betrachtung hilfreich finden. Wir haben den Sparkurs für die Schulen beendet. Im Vergleich zu den schwarz-gelben Sparvorgaben sind heute 2.000 Lehrerstellen mehr im System. Wir wollen 100 Prozent plus Stärkung der Inklusion plus Bildungsbonus und setzten uns auf Bundesebene dafür ein, dass Bildungsinvestitionen vor Steuersenkungen gehen.

**15. Wie beabsichtigt Ihre Partei mehr Lehramtsstudenten für Fächer wie Chemie und Physik zu gewinnen, um dem eklatanten Mangel in diesen Fächern zu begegnen und die Unterrichtsversorgung in diesen Fächern zu gewährleisten?**

Wir schließen uns den Empfehlungen der Landesregierung an, die gerade im Bericht zur MINT-Bildung (Drucksache 18/5141) einige Empfehlungen vorgeschlagen hat. Klar ist für uns auch: Eine MINT-Offensive wird auf sich warten lassen, wenn es nun wieder zu einer Schulstrukturdebatte kommen wird.

## Südschleswigscher Wählerverband

### 1. Sehen Sie den Bedarf, das System der Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln? In welcher Weise?

Der SSW setzt sich traditionell für das Modell des gemeinsamen Lernens ein und steht zur flächendeckenden Einführung der Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein. Was das „System der Gemeinschaftsschulen“ insgesamt angeht, ist für uns klar, dass neue Oberstufen nicht etwa wahllos und rein politisch motiviert, sondern nur nach sehr genauer Prüfung eingerichtet werden. Auch wenn dieser Prozess nicht gänzlich abgeschlossen ist, wird es absehbar kaum noch neue Oberstufen geben. Mit Blick auf den Schulalltag an Gemeinschaftsschulen ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Zahl der Differenzierungsstunden pro Lerngruppe weiter zu erhöhen. Daneben wollen wir hier, wie auch an allen anderen Schulformen, die Unterrichtsversorgung deutlich verbessern.

### 2. Schließen diese Pläne weitere Möglichkeiten der äußeren Leistungsdifferenzierung ein?

Wir sehen in einer Differenzierung nach Leistung und in der Einrichtung abschlussbezogener Klassen nicht den richtigen Weg, um Kindern und Jugendlichen zu dem Bildungserfolg zu verhelfen, zu dem sie fähig sind. Daher schließen unsere Pläne auch keine weiteren Möglichkeiten zur Leistungsdifferenzierung ein.

### 3. Wie stehen Sie zur Einrichtung abschlussbezogener Klassen bzw. Bildungsgänge?

Es ist uns natürlich ein Anliegen, Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer verschiedenen Begabungen zu fördern und zu fordern. Doch wie bereits unter Frage 2 erwähnt, halten wir den Weg der Differenzierung und der Exklusion für falsch. Schülerinnen und Schüler profitieren nachweislich vom Lernen von- und miteinander und damit von der gemeinsamen Beschulung in einem inklusiven Schulsystem. Das wollen wir weiter fördern. Die Möglichkeit der Leistungsgruppierung, der Teilnahme an regionalen und landesweiten Wettbewerben sowie der außerschulischen Begabungsförderung und des Juniorstudiums an unseren Universitäten besteht natürlich weiterhin.

### 4. Sehen Sie die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion erfüllt?

Bildungsdialog sowie verschiedenste Fachgespräche und Diskussionen bestärken uns darin, dass der von uns gewählte multiprofessionelle Ansatz der richtige ist. Dieses Konzept steht – aber die entsprechende Ausstattung

natürlich noch nicht in vollem Umfang. Um die erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion zu erreichen, werden wir uns daher weiterhin für die Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen sowie für eine möglichst umfassende bauliche Modernisierung in Kooperation mit den Schulträgern einsetzen. Es ist allgemein bekannt, dass ein Expertengutachten kürzlich allein bei den Stellen einen Mehrbedarf von 500 ermittelt hat. Hieran wollen und müssen wir uns in Zukunft orientieren. Und der SSW hat gewiss nichts dagegen, wenn wir noch mehr Ressourcen für diese wichtige Aufgabe aufbringen können. Die Voraussetzungen sind also noch nicht erfüllt, aber wir arbeiten dran.

### 5. Wo sehen Sie die besonderen Probleme im inklusiven Schulalltag? Welche Lösungsansätze vertritt Ihre Partei?

Ohne Frage ist die personelle Ausstattung an unseren Schulen noch nicht die, die wir uns wünschen und die wir brauchen. Mit Blick auf den von uns gewählten multiprofessionellen Ansatz müssen wir weitere Fachkräfte gewinnen. Und nicht zuletzt gibt es einen ganz erheblichen baulichen Modernisierungsbedarf an unseren Schulen. Die entsprechend reformierte Lehrerbildung wird unsere Lehrkräfte zwar besser für die Aufgabe Inklusion wappnen – hier zeigen sich aber naturgemäß erst nach und nach erste Ergebnisse. Daneben wollen wir natürlich auch Schulen, die im Bereich der Integration geflüchteter Jugendlicher und Kinder mit besonderen Bedarfen gefordert sind und in sozialen Brennpunkten liegen, durch zusätzliche Personalressourcen unterstützen.

### 6. Stellt Ihre Partei die Förderzentren als „Schule mit Schülern“ zur Disposition?

Der SSW will den Vorgaben der UN-Konvention ohne Wenn und Aber folgen und daher auch dem Ziel der umfassenden inklusiven Beschulung aller Kinder in Regelschulen möglichst nahe kommen. Dieser Prozess wird natürlich viele Jahre dauern. Daher stehen Förderzentren als Schulen mit Schülerinnen und Schülern nur auf sehr lange Sicht – dafür aber zwangsläufig – zur Disposition. Doch ein so grundlegender Wandel wird natürlich weder von jetzt auf gleich, noch über die Köpfe der Betroffenen hinweg vollzogen. Wir können und wollen keinesfalls auf die Fachlichkeit der Lehrkräfte in den Förderzentren verzichten. Daher werden wir diesen Weg auch gemeinsam mit ihnen gehen.

### 7. Wie stehen Sie zur Wahlfreiheit der Eltern, sich für eine inklusive Beschulung in einer Regelschule oder



**für eine Beschulung in einem Förderzentrum entscheiden zu können?**

Wie bereits in der vorangegangenen Antwort angedeutet, hält der SSW Förderzentren mittelfristig für unentbehrlich. Zum jetzigen Zeitpunkt machen wir ganz einfach die Erfahrung, dass sie für manche Kinder noch immer die weit bessere Wahl sind. Diese Wahlfreiheit der Eltern ist ein hohes Gut, das wir so lange erhalten werden, bis Inklusion 100-prozentig funktioniert. Voraussetzung hierfür ist wiederum eine entsprechende, verbesserte Ausstattung, für die wir uns auch in Zukunft engagiert einsetzen werden.

**8. Welche Folgen hatte aus Ihrer Sicht die Abschaffung der Schulartempfehlung im vierten Schuljahr? Hat sie sich bewährt?**

Eltern und Kinder bewegen sich durch diese Entscheidung ja nicht plötzlich im luftleeren Raum, denn mündliche Gespräche bestehen fort. Die freie Schulwahl bleibt unberührt. Im Übrigen ist und bleibt es aus Sicht des SSW besser, den Kindern im Zweifel eine Aufstiegserfahrung zu ermöglichen, als eine Erfahrung des Abstiegs.

**9. Ausbildungsbetriebe und Hochschulen monieren, dass die guten Noten in Abschlusszeugnissen nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich sind. Teilen Sie die Befürchtung, dass der Leistungsgedanke an den Schulen an Bedeutung verliert und die Absenkung des Leistungsniveaus zu einer Inflation an höheren Abschlüssen führt? Wenn ja, wie wollen Sie dem entgegenwirken?**

70 Prozent unserer Abiturientinnen und Abiturienten im Land machen ihren Abschluss am Gymnasium. Sofern also inflationär gute Noten verteilt würden, wie mit der Frage suggeriert, müsste man also hier ansetzen. Aber nicht zuletzt, weil Inhalte und auch entsprechende Leitlinien für die Benotung in den Fachanforderungen vorgegeben sind, sehen wir hier keinen akuten Handlungsbedarf.

**10. Sollten die Schulen wieder die Möglichkeit haben, über die Wiederholung eines Schuljahres zu entscheiden?**

Nach unserer Kenntnis können Schulen auch heute eine solche Entscheidung treffen. Da das Sitzenbleiben aber in den allerwenigsten Fällen als wichtige oder gar wertvolle Erfahrung anzusehen ist, halten wir den hier gegebenen engen Rahmen (beispielsweise für Fälle langer Erkrankung) für absolut angemessen und auch ausreichend.

**11. Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer besteht nicht nur aus der Unterrichtsverpflichtung. Hinzukommen immer mehr außerschulische Aufgaben, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Lehrkräfte entlasten?**

Gerade die außerunterrichtliche Arbeit muss aus Sicht des SSW noch deutlich stärker gewürdigt werden. Hier ist zum Beispiel eine größere Zahl von Entlastungsstunden denkbar. In diesem Sinne werden wir uns einsetzen. Aufgrund der Auswirkungen auf den Landeshaushalt müssen wir allerdings darauf hinweisen, dass diese Entscheidung nicht von den Bildungspolitikern allein getroffen wird. Dieser Umstand kann eine solche Lösung zumindest erschweren. Daneben ist für den SSW völlig klar, dass das Land die Lehrerinnen und Lehrer bei ihren vielfältigen Aufgaben noch stärker unterstützen muss (beispielsweise in Form von Fort- und Weiterbildungen). Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig für die Aufgaben, die an allen Standorten anfallen, flächendeckend eine stärkere Unterstützung (insbesondere durch geeignete IT-Lösungen) organisiert wird.

**12. Lehrgesundheit: Gemäß einer Umfrage beruhen 60 % aller nicht erteilten Unterrichtsstunden auf Erkrankungen der Lehrkräfte. Welche Konsequenzen beabsichtigt Ihre Partei aus dieser Feststellung zu ziehen?**

Ganz ohne Frage leiden die Lehrkräfte im Land unter gesundheitlichen Belastungen infolge von Zeitdruck, Lärmbelastung, fehlenden Pausen oder psychischem Stress. Für den SSW ist deshalb völlig klar, dass Gesundheitsschutz und insbesondere präventive Maßnahmen für alle Beschäftigten an unseren Schulen enorm wichtig sind. Auch unser Schwerpunkt der verbesserten Unterrichtsversorgung wird für die dringend nötige Entlastung sorgen. Zur Abmilderung gesundheitlicher Risiken am Arbeitsplatz halten wir Gesundheitszirkel im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements für unverändert wirkungsvoll und wichtig. Mit diesem Instrument können krankmachende Einflüsse nicht nur frühzeitig erkannt, sondern auch individuelle Lösungen entwickelt werden. Hier sehen wir noch erhebliches Potential, so dass wir uns hier weiterhin für eine Stärkung einsetzen werden. Daneben sind aber auch vermeintlich banale Faktoren, wie etwa ein rückenschonendes Mobiliar im Rahmen der Schulausstattung wichtig, wenn es um den Schutz der Gesundheit geht. Wir werden uns daher im Dialog mit den Schulträgern auch hier für Verbesserungen stark machen. Außerdem ist ein möglichst konflikt- und damit

stressfreies Umfeld an unseren Schulen ein ganz wesentlicher und doch häufig unterschätzter Faktor, wenn es um Gesundheitsschutz geht. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass gewaltpräventive Ansätze noch stärker in Schulkonzepte und Schulalltag verankert werden. Und ganz grundsätzlich liegt es nun einmal in der Natur des Menschen, dass die Belastbarkeit mit dem Alter abnimmt. Die erwähnten Stressfaktoren treffen ältere Lehrkräfte nicht selten härter, als jüngere Kolleginnen und Kollegen. Deshalb wollen wir diese Gruppe u.a. über flexible Arbeitszeitmodelle bzw. eine Stundenreduktion entlasten.

### **13. Wie reagieren Sie auf die wachsende Gewalt gegenüber vor allem weiblichen Lehrkräften?**

Die jüngsten Versuche der CDU, dieses Thema zuzuspitzen und die Zustände an unser Schulen zu skandalisieren, sind ganz offensichtlich gescheitert. Dennoch nehmen wir das Thema der Gewalt an unseren Schulen natürlich sehr ernst. Wir sehen es allerdings weniger als ein geschlechtsspezifisches Problem. Deshalb werden wir unsere Lehrkräfte und insbesondere die Schulleitungen im Land grundsätzlich noch stärker für dieses wichtige Thema sensibilisieren. Denn das Kollegium ist hier in allererster Linie gefragt und aufgefordert, noch genauer hinzuschauen. Daneben wollen wir, wie bereits unter Punkt 5 angedeutet, Schulen, die im Bereich der Integration geflüchteter Jugendlicher und Kinder mit besonderen Bedarfen gefordert sind und in sozialen Brennpunkten liegen, durch zusätzliche Personalressourcen unterstützen.

### **14. Die Unterrichtsversorgung erreicht nur an Grundschulen 100 %. An anderen Schularten liegt sie z.T. erheblich darunter. Um Unterrichtsausfall aufzufangen und eine annähernd 100 % Unterrichtserteilung zu gewährleisten, muss die Planstellenzuweisung bei den von uns seit Jahren geforderten 105 % liegen. Wie wird Ihre Partei in Regierungsverantwortung dieser Forderung gerecht werden?**

Uns ist durchaus bewusst, dass die Unterrichtsversorgung in nahezu allen Schulformen verbesserungswürdig ist. Und doch haben wir beim Thema Unterrichtsausfall bereits einiges auf den Weg gebracht, was die Situation entschärft: Durch das von uns eingeführte Portal zur Unterrichtserfassung (PUSH) erheben wir nicht nur erstmals ehrlich, wie viel Unterricht ausfällt, sondern auch warum. Außerdem haben wir in dieser Legislaturperiode trotz stagnierender Schülerzahlen und Schuldenbremse weit über 2.000 Lehrerstellen mehr im Bildungssystem belassen, als von unseren Vorgängern geplant. So haben wir zum Beispiel Landesmittel in Höhe von 36,4 Millionen Euro, die dadurch frei wurden,

dass der Bund das BAföG finanziert, direkt und in voller Höhe in die Unterrichtsversorgung gesteckt. Auch auf die mitunter stark gestiegene Zahl von Flüchtlingen sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit Kindern haben wir mit weiteren Stellen reagiert. Und neben den reinen Planstellen gab und gibt es bekanntlich auch weitere Unterstützung für unsere Schulen, damit sie ihre Arbeit gut machen können: Der SSW hat sich u.a. für mehr Geld für Schulsozialarbeit, für Schulassistenten für die Grundschulen oder eben einen aufgestockten Vertretungsfonds eingesetzt, um bei Unterrichtsausfall deutlich schneller reagieren zu können. Wo also noch vor einigen Jahren letztlich auf der Basis geschönter Zahlen und unter der Vorgabe, erheblich Personal abbauen zu müssen, gearbeitet wurde, herrscht schon heute deutlich mehr Klarheit und Verlässlichkeit. Auch die Schulen selbst können einiges tun und zum Beispiel flexibler agieren, wenn es um Klassenstärken und den verantwortungsvollen Umgang mit den zugewiesenen Stunden geht. Nichtsdestotrotz fordert die Interessensvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein aber zu Recht eine Unterrichtserteilung von annähernd 100 Prozent. Wir teilen diese Zielsetzung und wissen, dass hier noch viel Arbeit vor uns liegt. Der SSW wird sich deshalb dafür stark machen, dass die aufgelisteten Maßnahmen fortgeführt werden und auch in Zukunft mehr Mittel in die Versorgung mit Lehrerstunden fließen. Und um krankheitsbedingten Unterrichtsausfall noch stärker als bisher verhindern zu können, wollen wir nicht zuletzt den erwähnten Vertretungsfonds weiter aufstocken. Entweder über das schulinterne Vertretungskonzept oder die Einstellung befristeter Lehrkräfte. Denn auch wenn es in bestimmten Regionen und bestimmten Fächern schwierig ist, muss jede erkrankte Lehrkraft ersetzt werden. Und zwar nach Möglichkeit ab der ersten Stunde und durch geeignete Fachkräfte.

### **15. Wie beabsichtigt Ihre Partei mehr Lehramtsstudenten für Fächer wie Chemie und Physik zu gewinnen, um dem eklatanten Mangel in diesen Fächern zu begegnen und die Unterrichtsversorgung in diesen Fächern zu gewährleisten?**

Ganz grundsätzlich wird unser Land den Wettbewerb über die Bezahlung der Lehrkräfte kaum gegen seine Nachbarn gewinnen. Deshalb setzt der SSW bei der Lehrrergewinnung auf eine Fachkräfteoffensive, in der wir vermeintlich weiche Faktoren und die lebenswerten Vorzüge unseres Landes offensiv nach vorne stellen. Daneben müssen auch die kommunale Infrastruktur und die dortigen Rahmenbedingungen für Familien verbessert werden. Was den konkreten Mangel in den Fächern

Chemie und Physik angeht, so haben wir vor allem im Sek I Bereich ein Problem. Durch die vergleichsweise geringe Stundenzahl fehlt der Bezug zu den Schülerinnen und Schülern. Hier halten wir die Einführung einer weiteren Unterrichtsstunde oder den Weg über ein 3. Fach für sinnvoll. In diesem Sinne werden wir uns einsetzen.

## CDU Schleswig-Holstein

### 1) Sehen Sie den Bedarf, das System der Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln? In welcher Weise?

Die Gemeinschaftsschule ist inzwischen fester Bestandteil unseres Bildungssystems. Die Gemeinschaftsschule sollte in einem ausgeglichenen zweigliedrigen Schulsystem vor allem der Vorbereitung auf den ersten allgemeinbildenden und den mittleren Schulabschluss dienen. Hierfür muss ein praxisorientierter Unterricht gewährleistet werden. Weitere Oberstufen an Gemeinschaftsschulen werden wir nicht einrichten. Bereits existierende Oberstufen bleiben erhalten, soweit sie die Anforderungen an eine gymnasiale Oberstufe erfüllen. Zu kleine Oberstufen werden wir mit benachbarten Oberstufen zusammenführen.

### 2) Schließen diese Pläne weitere Möglichkeiten der äußeren Leistungsdifferenzierung ein?

Ja! Wir werden das Prinzip der selbstständigen Schule an der Gemeinschaftsschule etablieren und ermöglichen, dass die Gemeinschaftsschulen eigenständig über die Ausgestaltung des Unterrichtes entscheiden. Wann sie gemeinsam und wann sie differenziert unterrichten, soll jede Schule für sich entscheiden können.

### 3) Wie stehen Sie zur Einrichtung abschlussbezogener Klassen bzw. Bildungsgänge?

Durch das Prinzip der selbstständigen Schule wollen wir die individuellen Bedürfnisse jeder Schülerin und jeden Schülers in den Mittelpunkt stellen. Durch ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit erhalten die Schulen die Möglichkeit, bei ihren Entscheidungen die örtlichen und sozialen Umstände zu berücksichtigen und den eigenen pädagogischen Schwerpunkten anzupassen. Das schließt auch die Einrichtung abschlussbezogener Klassen bzw. Bildungsgänge ein.

### 4) Sehen Sie die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion erfüllt?

Nein! Wir sind der Auffassung, dass die Schulen bei der Umsetzung der Inklusion in der Vergangenheit nicht aus-

reichend mitgenommen wurden. Viele Lehrerinnen und Lehrer stoßen zunehmend an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Hier besteht die Gefahr, dass Inklusion ihre breite Akzeptanz verliert und genau das Gegenteil bewirkt wird. Diese Probleme dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Ein weiteres, noch nicht bearbeitetes, Problem, das wir sehen, ist der dringende Bedarf an neuen Sonderpädagogen. Aus diesem Grund wollen wir die Studienmöglichkeit an der Europa-Universität Flensburg erweitern, indem wir eine weitere Professur einrichten werden.

### 5) Wo sehen Sie die besonderen Probleme im inklusiven Schulalltag? Welche Lösungsansätze vertritt Ihre Partei?

Uns leitet das Ziel, Kinder mit Behinderung so zu fördern, dass sie vollständig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. So vielfältig, wie sich die Formen von Behinderungen darstellen, müssen auch die Beschulungsangebote sein. Eine gemeinsame Beschulung kann sich positiv auf die Leistungs- und Intelligenzentwicklung von allen Schülerinnen und Schülern auswirken. Allerdings gibt es auch Kinder, die auf eine individuelle Beschulung in einer kleineren Gruppe durch ausgebildete Sonderpädagogen angewiesen sind. Diese Möglichkeiten wollen wir ihnen weiter geben und weiter erhalten.

### 6) Stellt Ihre Partei die Förderzentren als „Schule mit Schülern“ zur Disposition?

Nein! Wir werden Förderzentren als Schule mit Schülern erhalten. Hier ist eine intensive Förderung in Kleingruppen durch Sonderpädagogen möglich. Darüber hinaus werden wir Kooperationen von Förderzentren und Regelschulen als Kompetenzzentren unterstützen, in denen Kinder mit und ohne Behinderung beschult werden.

### 7) Wie stehen Sie zur Wahlfreiheit der Eltern, sich für eine inklusive Beschulung in einer Regelschule oder für eine Beschulung in einem Förderzentrum entscheiden zu können?

Im Sinne der selbstbestimmten Teilhabe sollten Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern selbst unter den gegebenen Beschulungsmöglichkeiten entscheiden dürfen. Das Kindeswohl steht für uns im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik, daran muss sich auch die Förderung orientieren.

### 8) Welche Folgen hatte aus Ihrer Sicht die Abschaffung der Schulartempfehlung im vierten Schuljahr? Hat sie sich bewährt?

Für uns besteht durch die Abschaffung die Gefahr, dass



Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern ohne ausdrückliche Empfehlung die Möglichkeit genommen wird, auf ein Gymnasium zu wechseln. Studien belegen, dass viele Eltern ihre Kinder an der Schulart anmelden, die sie selber auch kennen und an der sie ihren Abschluss gemacht haben. Eine weitere Gefahr ist, dass Kinder ohne entsprechende Empfehlung auf einem Gymnasium überfordert werden und völlig enttäuscht den Spaß an der Schule verlieren. Daher werden wir die Schulartempfehlung im vierten Schuljahr wieder einführen.

**9) Ausbildungsbetriebe und Hochschulen monieren, dass die guten Noten in Abschlusszeugnissen nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich sind. Teilen sie die Befürchtung, dass der Leistungsgedanke an den Schulen an Bedeutung verliert und die Absenkung des Leistungsniveaus zu einer Inflation an höheren Abschlüssen führt? Wenn ja, wie wollen Sie dem entgegenwirken?**

Die genannte Befürchtung teilen wir. Das geht von der Verbannung der Schulnoten aus der Grundschule bis hin zur Absenkung des erforderlichen Notendurchschnitts, um eine Oberstufe besuchen zu können. Die rot-grünblaue Landesregierung hat mit ihren bildungspolitischen Entscheidungen dafür gesorgt, dass der Leistungsgedanke mehr und mehr an Bedeutung verliert. Das wollen wir ändern. Wir werden die naturwissenschaftlichen Fächer nicht mehr in einem Fach NaWi unterrichten lassen und auch das Fach Weltkunde wieder in die Fächer Erdkunde, Geschichte und WiPo aufsplitten. Wir werden die Lehrkräfteausbildung wieder an die Schularten anpassen, die wir in Schleswig-Holstein haben und das Fachlehrerprinzip stärken. Darüber hinaus werden wir zentrale Abschlussprüfungen für alle Schulabschlüsse, orientiert an den Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz, einführen, um die bundesweite Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen zu gewährleisten.

**10) Sollten die Schulen wieder die Möglichkeit haben, über die Wiederholung eines Schuljahres zu entscheiden?**

Ja! Wir werden Klassenwiederholungen wieder in jeder Klassenstufe ermöglichen. Ohne diese Möglichkeit sehen wir die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler, die trotz Nichterfüllung der Leistungsanforderung von Jahr zu Jahr versetzt werden, aus Überforderung den Anschluss verlieren und frustriert der Schule den Rücken kehren. Der Anstieg der Schulabbrecherquote in Schleswig-Holstein ist ein deutlicher Hinweis dafür.

**11) Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer besteht nicht nur aus der Unterrichtsverpflichtung. Hinzukommen immer mehr außerschulische Aufgaben, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Lehrkräfte entlasten?**

Wir setzen uns für eine unabhängige wissenschaftliche Erhebung ein, um nicht nur die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften zu erheben, sondern auch ihre Arbeitsbelastung zu analysieren. Auf dieser Grundlage lassen sich dann die notwendigen Maßnahmen einleiten, um unsere Lehrkräfte bei ihrer täglichen Arbeit zu entlasten. Darüber hinaus wollen wir die Lehrerinnen und Lehrer durch ein breites Fortbildungsangebot unterstützen. Ebenso die Unterrichtsgarantie, die wir bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode erarbeiten, wird die Lehrkräfte von zusätzlichem Vertretungsunterricht entlasten.

**12) Lehrgesundheit: Gemäß einer Umfrage beruhen 60% aller nicht erteilten Unterrichtsstunden auf Erkrankungen der Lehrkräfte. Welche Konsequenzen beabsichtigt Ihre Partei aus dieser Feststellung zu ziehen?**

Die Themen Gesundheitsschutz und Lehrgesundheit haben bei uns einen hohen Stellenwert. Ein positives und produktives Arbeits- und Lernumfeld ist ein wichtiger Mosaikstein und trägt zur Förderung der Gesundheit von Lehrkräften bei. Darüber hinaus ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern aber auch den Lehrerinnen und Lehrern ihre Potentiale voll zu entfalten. Wir setzen auf den Ausbau entsprechender Fortbildungs- und Beratungsangebote, die den Lehrkräften Lösungswege zur Reduzierung der Arbeitsbelastungen aufzeigen und werden Schulen, die in Sozialräumen mit besonderen Problemlagen liegen und besondere Anforderungen in den Bereichen Inklusion, Integration oder Begabtenförderung haben, ein zusätzliches Stundenbudget zur Verfügung stellen. Dieses wird vom Land finanziert werden und die Lehrkräfte in ihrer täglichen Arbeit unterstützen. Daneben wollen wir das Investitionsprogramm des Bundes für Schulen stärker nutzen und auch mit eigenen Mitteln ausstatten. Dadurch werden wir den Zustand der Schulgebäude verbessern und zum Beispiel den Einbau von Lärmschutzdecken ermöglichen.

**13) Wie reagieren Sie auf wachsende Gewalt gegenüber vor allem weiblichen Lehrkräften?**

Gewalt gegen Lehrkräfte, egal ob weiblich oder männlich, ist nicht zu akzeptieren. Im Gegensatz zur Landesregierung ist sie für uns auch keine alltägliche pädagogische

Herausforderung. Wir werden unseren Lehrkräften den Rücken stärken und sie mit geeigneten Mitteln, wie zum Beispiel zusätzlichem Personal und intensiver Fortbildung, unterstützen und dieses Thema nicht unter den Teppich kehren.

**14) Die Unterrichtsversorgung erreicht nur an Grundschulen 100%. An anderen Schularten liegt sie z.T. erheblich darunter. Um Unterrichtsausfall aufzufangen und eine annähernd 100% Unterrichtserteilung zu gewährleisten, muss die Planstellenzuweisung bei den von uns seit Jahren geforderten 105% liegen. Wie wird Ihre Partei in Regierungsverantwortung dieser Forderung gerecht werden?**

Bildung ist eines unserer Schwerpunktthemen. Daher werden wir uns auch selbstverständlich für die Reduzierung des Unterrichtsausfalls einsetzen. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode werden wir eine Unterrichtsgarantie erarbeiten, um den Unterrichtsausfall nachhaltig zu bekämpfen.

**15) Wie beabsichtigt Ihre Partei mehr Lehramtsstudenten für Fächer wie Chemie und Physik zu gewinnen, um dem eklatanten Mangel in diesen Fächern zu begegnen**

Wir werden einen Anreiz für Studierende in Mangelfächern schaffen, um dem Mangel an Schulen entgegen zu wirken. Weiterhin werden wir die Weiterentwicklung der Lehramtsstudiengänge NaWi und Weltkunde stoppen.

## FDP Schleswig-Holstein

**1. Sehen Sie den Bedarf, das System der Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln? In welcher Weise?**

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es das klassische dreigliedrige Schulsystem nicht mehr gibt. Wir bekennen uns aber zum Erhalt der Gymnasien, der beruflichen Schulen und Schulen in Freier Trägerschaft. Durch den Wegfall der Haupt- und Realschulen ist die Gemeinschaftsschule zur Schule für alle Schulabschlüsse geworden.

Wir verstehen unter Chancengerechtigkeit aber, dass guter und wissensvermittelnder Unterricht im Mittelpunkt, dass leistungsorientierter Unterricht nicht im Widerspruch zu kompetenzorientiertem steht.

Die FDP will, dass sich Schulen wieder auf ihr Kerngeschäft, nämlich Bildung und Wissensvermittlung, konzentrieren können. Haupt- und Realschulabschluss (Erster Allgemeiner und Mittlerer Schulabschluss) müssen wieder an Wertigkeit gewinnen, Bildungsstandards allgemein angeho-

ben und nicht weiter abgesenkt werden. Wir wollen eine Vielfalt an Bildungswegen und keine Einheitsschule.

**2. Schließen diese Pläne weitere Möglichkeiten der äußeren Leistungs differenzierung ein?**

**3. Wie stehen Sie zur Einrichtung abschlussbezogener Klassen bzw. Bildungsgänge?**

Ja, deshalb spricht sich die FDP dafür aus, dass Gemeinschaftsschulen wieder abschlussbezogene Klassen einrichten können. Mit der äußeren Differenzierung muss eine Verbesserung der Durchlässigkeit einhergehen, denn so kann die Schule dem Leistungsvermögen jeder Schülerin und jedes Schülers jederzeit gerecht werden.

**4. Sehen Sie die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion erfüllt?**

Nein. Es fehlen die räumlichen, personellen und finanziellen Ressourcen. In den Schulen fehlt es an Lehrkräften für Sonderpädagogik, es fehlen notwendige Zusatzräume für förderbedingte Einzelmaßnahmen. Die Hygienräume sind in vielen Schulen weder barrierefrei noch für besondere medizinische Bedarfe ausgestattet. An zwei Zahlen wird das Problem mehr als deutlich: Schleswig-Holstein ist im Vergleich zwischen den Bundesländern auf den letzten Platz bei den Bildungsausgaben je Schülerin und Schüler zurückgefallen, hat aber gleichzeitig die höchste Inklusionsquote unter allen Flächenländern. Quote ersetzt keine Qualität, die gerade bei der schulischen Förderung von Kindern mit Behinderung von besonderer Bedeutung ist. Die einseitige Fokussierung auf die Quote werden wir beenden.

**5. Wo sehen Sie die besonderen Probleme im inklusiven Schulalltag? Welche Lösungsansätze vertritt Ihre Partei?**

Die Schulen und die Lehrkräfte werden zurzeit überfordert. Für viele körperliche Beeinträchtigungen gibt es heute technische Unterstützungssysteme, die von Betroffenen genutzt werden und eine inklusive Beschulung weitgehend ermöglichen. Lehrkräfte müssen aber aus- bzw. fortgebildet werden, um Kenntnisse über diese Techniken, deren Anwendung und vor allem auch die richtige Ansprache der betroffenen Schülerinnen und Schülern zu erlernen. Dafür benötigen sie Zeit und entsprechende Angebote.

Eine besondere Herausforderung für die Lehrkräfte sind sozial-emotionale Entwicklungsstörungen. Vielfach fehlen die Diagnosen, die eine notwendige Schulbegleitung oder andere Unterstützung ermöglichen könnten. Generell gilt für uns Liberale, dass guter inklusiver Unterricht

an der Regelschule spezialisierte Lehrkräfte für Sonderpädagogik und multiprofessionelle Teams benötigt. Dafür müssen wir die Ausbildungskapazität an den Hochschulen erhöhen.

## **6. Stellt Ihre Partei die Förderzentren als „Schule mit Schülern“ zur Disposition?**

Nein, ganz im Gegenteil. Die FDP will die Förderzentren als wichtige Säule für die inklusive Bildung wieder stärken. Förderzentren sollen Schulen mit Schülern sein.

## **7. Wie stehen Sie zur Wahlfreiheit der Eltern, sich für eine inklusive Beschulung in einer Regelschule oder für eine Beschulung in einem Förderzentrum entscheiden zu können?**

Die FDP will die richtige Schule für jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler und nicht die eine Schule für alle. Eltern müssen die Möglichkeit haben, aus einem vielfältigen Angebot die richtige Form der Beschulung für ihre Kinder zu wählen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt nicht den gemeinsamen Unterricht für alle, sondern den generellen Zugang zu Bildung und einen Unterricht, der sich den Bedürfnissen des Einzelnen anpasst. Das können Förderzentren oder soweit wie möglich, gemeinsamer Unterricht oder Unterricht in speziellen Lerngruppen unter dem Dach einer allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schule sein.

Die FDP wird dafür sorgen, dass die entsprechenden Angebote auch bestehen, damit die Eltern ihre Wahlfreiheit überhaupt wahrnehmen können. Dafür soll ein Netzwerk an Inklusionsschulen aufgebaut werden und zudem sollen dem Bereich der allgemein- und berufsbildenden Schulen weitere Lehrkräfte für Sonderpädagogik zugewiesen werden.

## **8. Welche Folgen hatte aus Ihrer Sicht die Abschaffung der Schulartempfehlung im vierten Schuljahr? Hat sie sich bewährt?**

Die Abschaffung der Schulübergangsempfehlung war ein Fehler. Die Schulübergangsempfehlung war eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Eltern und auch eine Orientierungshilfe für die aufzunehmende Schule. Insbesondere dann, wenn es um die Entscheidung über den Besuch eines Gymnasiums geht. Stattdessen sind durch die Einführung von Entwicklungs- sowie Förderberichten weitere erhebliche bürokratische Belastungen für die Lehrkräfte entstanden – ohne Gewinn für Schülerinnen und Schüler. Die FDP will die Schulübergangsempfehlung wieder einführen und hat im

Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 183346 (neu)) auch bereits vorgelegt.

## **9. Ausbildungsbetriebe und Hochschulen monieren, dass die guten Noten in Abschlusszeugnissen nicht unbedingt die geforderten Leistungsniveaus dokumentieren, die für eine Ausbildung oder ein Studium erforderlich sind. Teilen sie die Befürchtung, dass der Leistungsgedanke an den Schulen an Bedeutung verliert und die Absenkung des Leistungsniveaus zu einer Inflation an höheren Abschlüssen führt? Wenn ja, wie wollen Sie dem entgegenwirken?**

Der Leistungsorientierung in der Schule muss wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt werden, denn Neugierde, Gestaltungs- und Leistungswille sind wesentliche Motoren menschlichen Handelns. So sollen auch in den Gemeinschaftsschulen in allen Klassenstufen wieder verpflichtend Notenzeugnisse gegeben werden. Denn nur eine aussagefähige Leistungsermittlung, die die individuellen Fähigkeiten und Begabungen motivierend nutzt, führt zu begründeten Bildungsplanungen und verhindert Fehlentscheidungen und damit auch Bildungsabbrüche. Zusätzlich muss der fachfremd gegebene Unterricht möglichst umfassend beendet werden, um das Leistungsniveau der Schüler zu verbessern. Denn wenig überraschend zeigen verschiedene Studien, dass Schüler, die von Fachlehrern unterrichtet werden, bessere Leistungen erbringen, als Schüler, die fachfremd unterrichtet werden.

## **10. Sollten die Schulen wieder die Möglichkeit haben, über die Wiederholung eines Schuljahres zu entscheiden?**

Ja. Die FDP setzt sich dafür ein, Wiederholungen einer Klassenstufe in bestimmten Fällen zu ermöglichen, denn die Wiederholung einer Klassenstufe sichert eine individuelle Chance, das Bildungsziel einer Schulart zu erreichen.

## **11. Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer besteht nicht nur aus der Unterrichtsverpflichtung. Hinzukommen immer mehr außerschulische Aufgaben, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Lehrkräfte entlasten?**

Die FDP im Landtag hat in dieser Legislaturperiode eine Evaluation zur Arbeitsbelastung von Lehrkräften gefordert. Sowohl die Koalitionspartner, als auch die Landesregierung haben sich dagegen ausgesprochen. Lehrkräfte sollen vorrangig ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen, dafür sind sie ausgebildet, dafür haben sie eine zeitlich festgesetzte Unterrichtsverpflich-

tion zu erfüllen. Die Berechnungsgrundlage für Unterrichtsvor- und Nachbereitungszeiten berücksichtigt den Mehraufwand für einen binnendifferenzierten Unterricht nicht. Auch die Berechnung von Freistellungen für besondere Aufgaben, wie der Pflege von digitalen Unterrichtsgeräten, der Organisation des Ganztagsbereiches, für neu eingeführte verpflichtende Elterngespräche, zusätzliche Kompetenzberichte und vieles mehr, entsprechen nicht der tatsächlichen zeitlichen Belastung. Wir sehen aber auch, dass die Lehrkräfte durch neue Aufgaben wie der Umsetzung von Inklusion, zusätzliche Unterstützungsaufgaben wahrnehmen. Die FDP will den Schulen zur Erfüllung dieser Aufgaben die notwendigen Ressourcen über zusätzliche Leitungs- und Verwaltungszeit zur Verfügung stellen. Wir wollen, dass gerade für die Pflege der digitalen Medien die Lehrkraft entlastende Fachkräfte eingestellt werden. Weiterhin soll der Einsatz von Schulpsychologen, Schulbegleitern, Schulsozialarbeitern, Schulassistenten und Beratungslehrkräften neugestaltet werden. Wir wollen, dass diese Unterstützungssysteme zu multiprofessionellen Teams weiterentwickelt werden. Schulleitung und Lehrkräfte behalten dabei ihre zentrale Verantwortung für den Unterricht. Die Berechnung der Unterrichtsverpflichtung und Freistellungen für besondere Aufgaben soll auf Basis einer Evaluation der Aufgaben erfolgen.

## **12. Lehrgesundheit: Gemäß einer Umfrage beruhen 60% aller nicht erteilten Unterrichtsstunden auf Erkrankungen der Lehrkräfte. Welche Konsequenzen beabsichtigt Ihre Partei aus dieser Feststellung zu ziehen?**

In einem ersten Schritt wird die FDP eine wissenschaftliche Studie zu Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen von Lehrkräften in Abstimmung mit allen Lehrerverbänden in Auftrag geben. Zudem werden wir die Vereinbarung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement endlich mit Leben erfüllen. An allen Schulen sollen bürokratische Vorgaben reduziert werden.

## **13. Wie reagieren Sie auf wachsende Gewalt gegenüber vor allem weiblichen Lehrkräften?**

Die FDP tritt für eine Null-Toleranzpolitik gegenüber Gewaltvorfällen an Schulen ein. Auch auf vermeintlich geringe Vorfälle muss eine eindeutige Reaktion erfolgen. Entsprechende Vorgaben sind zu machen; aber auch die notwendige Rückendeckung ist von Seiten des Ministeriums gegenüber allen Lehrkräften zu gewähren. Zwei weitere Aspekte sind zudem umzusetzen. Einerseits gilt es den Bereich der Prävention in Zusammenarbeit mit

den örtlichen Jugendämtern, der Polizei sowie den Justizbehörden weiter zu intensivieren, andererseits will die FDP ein umfassendes Meldewesen zu Gewaltvorfällen einführen. Eine entsprechende Initiative wurde bereits von uns angestoßen (siehe Drs. 18/5338).

## **14. Die Unterrichtsversorgung erreicht nur an Grundschulen 100%. An anderen Schularten liegt sie z.T. erheblich darunter. Um Unterrichtsausfall aufzufangen und eine annähernd 100% Unterrichtserteilung zu gewährleisten, muss die Planstellenzuweisung bei den von uns seit Jahren geforderten 105% liegen. Wie wird Ihre Partei in Regierungsverantwortung dieser Forderung gerecht werden?**

Die FDP wird in einem ersten Schritt die Unterrichtsversorgung in allen Schulen auf 100 Prozent bringen. Allein dafür sind nach unseren Berechnungen 967 weitere Planstellen einzurichten. Für eine 105prozentige Unterrichtsversorgung wären über 2.100 zusätzliche Planstellen notwendig. Vor dem Hintergrund der notwendigen weiteren Haushaltskonsolidierung halten wir es daher für sinnvoll und ehrlicher, einen Schritt nach dem anderen zu machen. Denn bereits die Herstellung der 100prozentigen Unterrichtsversorgung wird zwangsläufig zu stärkeren Einschnitten in anderen Bereichen des Landeshaushaltes führen müssen. Daneben gilt es den Vertretungsfonds neu zu strukturieren, um Unterrichtsausfall ab der ersten Stunde kompensieren zu können.

## **15. Wie beabsichtigt Ihre Partei mehr Lehramtsstudenten für Fächer wie Chemie und Physik zu gewinnen, um dem eklatanten Mangel in diesen Fächern zu begegnen und die Unterrichtsversorgung in diesen Fächern zu gewährleisten?**

Die bestehenden Probleme im Bereich der MINT-Fächer hält die FDP für eine der größten Baustellen im Schulbereich. Nach unserer Ansicht befinden wir uns hier in einer Abwärtsspirale, die es dringend zu stoppen gilt. Wir wollen deshalb eine umfassende MINT-Offensive starten, die alle Bereiche umfasst, in den Grundschulen ansetzt und sich bis zu den Hochschulen erstreckt. Auch den Unterricht in diesem Bereich wollen wir stärken, um speziell mehr Schülerinnen für den MINT-Bereich zu interessieren. Grundschullehrer sollten künftig Deutsch oder Mathematik als ein verpflichtendes Studienfach belegen. Grundsätzlich muss dem Lehrkräftemangel im MINT-Bereich durch attraktivere Stellenangebote entgegengetreten werden. Schließlich muss in Zusammenarbeit mit den Hochschulen die Ausbildung verbessert und die Abbrecherquote in diesem Bereich minimiert werden.



## Reformation ist mehr als Martin Luther

Wir feiern in diesem Jahr den 500. Jahrestag der 95 Thesen, die Martin Luther am 31.10.1517 in Wittenberg veröffentlichte.

*Von gar nicht abschätzbarer Bedeutung* waren aber viele Frauen, die schon vor Luther und danach reformatorisch gewirkt haben und denen jetzt eine Wanderausstellung gewidmet ist.

Ich habe mir die Ausstellung im Heimatmuseum in Preetz angesehen und durfte den bewegenden Einführungsgottesdienst in der Kapelle des Refektoriums des Adeligen Klosters zu Preetz miterleben.

Den Gottesdienst hielt Bischöfin Maria Jepsen, die die Schirmherrschaft für die Ausstellung übernommen hat. Das ist sehr passend, denn sie ist weltweit die erste Frau, die zur evangelisch-lutherischen Bischöfin ernannt wurde (1992). Geistliche Frauen förderten die Reformation. So schrieben Frauen Kirchenlieder, Frauen, die zum Teil schon vor der Reformation Luthers wirkten wie die zum lutherischen Glauben konvertierte Nonne Elisabeth Cruciger (um 1500 -1535) Lied Nr. 67 im EKG. Sie war die Frau des Reformators Cruciger in Wittenberg.

Wörter wie Achtsamkeit und Wertschätzung spielten eine große Rolle für Anna von Buchwaldt, die von 1484 bis 1508 Priörin im Kloster Preetz war, also vor Luthers Wirken. Sie rettete das Kloster vor dem Verfall und gab eine Bilderbibel heraus, die noch heute als ganz besonderer Schatz im Kloster gehütet wird. Anna von Buchwaldt setzte sich für ihre Glaubensschwestern ein, um ihnen mehr Zeit für ihr Glaubensleben zu ermöglichen. Frau Julia Patzke, Diakonin und Referentin im Evangelischen Frauenwerk im Kirchenkreis Plön-Bad Segeberg, betonte in ihrer Moderation das von Maria Jepsen geforderte *Hinsehen*. Der Prozess der Reformation sei noch keinesfalls abgeschlossen.

Auch der Preetzer Bürgermeister, Björn Demmin, erkannte an, dass sich die Frauen mutig gegen den Mainstream gestellt hätten. Man solle sich nicht nur auf die männlichen Reformatoren, sondern auch auf die weiblichen Reformatorinnen konzentrieren.

„Frauen zu entdecken, heißt nicht, Männer zu verdecken.“ (Bischöfin Jepsen)

Bei der Recherche zu dieser Ausstellung wurden über 60 reformatorisch wirkende Frauen entdeckt, die Frau Victoria von Flemming, Priörin des Klosters, „Kümmerer“ nannte. Fünf dieser Kümmerer möchte ich von den 18 Frauen, die uns die absolut sehenswerte Ausstellung präsentiert, stellvertretend für alle nennen.

Wibe Junge (1485 – ?): Sie wollte 1524 mutig die Hinrichtung des Reformators Heinrich von Zütphen in Heide verhindern, was ihr aber nicht gelang. Acht Jahre später setzte sie die Reformation in Dithmarschen durch. Welch unnötiges Opfer!

Julia Gräfin von Reventlow, Emkendorf (1762 – 1816): Sie setzte sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Sklaven ein und drängte ihren Bruder, Ernst Schimmelmann, der Finanz- und Handelsminister war, den Sklavenhandel in dänischen Kolonien zu verbieten, was dann 1792 auch geschah.

Adeline Gräfin zu Schimmelmann (1854 – 1913): Im Kern lutherisch, blieb sie zeitlebens eine Individualistin mit eigenem Denksystem. Sie gründete die Seemannsmission, war Predigerin und gab sogar eine eigene Zeitschrift heraus: *Leuchtfeuer*.

Elisabeth Haseloff (1914 – 1974): Sie bestand das erste Theologische Examen mit Sondergenehmigung in Schleswig-Holstein und wurde 1939 die erste Pastorin in der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei widersprüchliche Zitate aus der Bibel, die bei ihrer Beschreibung zitiert werden: Korinther 14, 33 f. : „Das Weib soll schweigen in der Gemeinde.“ Galater 3, 28: „...hier ist nicht Mann noch Frau, denn ihr seid allesamt eins in Christus.“

So widersprüchlich waren Gesellschaft und Kirche, dass sich in der Presse z. B. jeder sein Bibelzitat herausnahm, wie es ihm gerade passte.

Ilse Kulow (1922 – 1998): Sie stritt für die Rechte der Frauen in kirchlichen Ämtern. Erst 1972 beschloss die Synode ein Kirchengesetz, das die Gleichstellung der Theologinnen in allen Bereichen des Kirchrechts festschrieb. Wer sich eingehender über das Wirken der mutigen Frauen informieren möchte und weiterführende Informationen nutzen möchte, dem sei das Buch zur Ausstellung empfohlen:

Frauenwerk der Nordkirche und der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek (Hrsg.): *... von gar nicht abschätzbarer Bedeutung*, *Frauen schreiben Reformationsgeschichte*: Lutherische Verlagsgesellschaft Kiel, 2016 Ja, und nun? Nun sind wir an der Reihe, wir, die heutigen Frauen.

Seien wir mutig! Sehen wir hin! Nennen wir Missstände! Helfen wir sie zu beseitigen mit Worten und Taten in der Öffentlichkeit! Seien wir achtsam! Wertschätzen wir, was es wert ist, geschätzt zu werden!

*Elke Pries-Hoffmann, Landesfrauenbeauftragte der IVL*



## Fortbildung im IVL – Bezirk Dithmarschen

Seit nunmehr fast 10 Jahren bietet der ehemals VDR- und jetzige IVL-Bezirk Dithmarschen seinen Mitgliedern Veranstaltungen an, die einmal dem Zusammensein der Kolleginnen und Kollegen mit regem Gesprächsaustausch, zum anderen aber auch der Fort- und Weiterbildung dienen. Pädagogische Neuerungen, vor allem aber fachliche Aspekte stehen dabei im Vordergrund. Nach Meinung unseres Verbandes kommen diese in der offiziellen landesweiten Fortbildung zu kurz. So dienen unsere Veranstaltungen insbesondere dem „Lernen vor Ort“ bzw. der „originalen Begegnung“ in der fachdidaktischen Begrifflichkeit früherer Jahre.

Hier nun ein Überblick über unsere Angebot:

Am 11.11.2010 besuchten wir anlässlich der Kohltage das Kohlosseum in Wesselburen. Der Krautmeister Hubert Nickels führte uns durch die Krautwerkstatt und das Kohlmuseum. Uns wurde die Geschichte und Technik des Kohlanbaus in Dithmarschen und die Weiterverarbeitung des Kohls vor Augen geführt. Ein „kohlhaltiger“ Imbiss zusammen mit Mitgliedern aus dem Bezirk Nordfriesland in der „Ulmen – Klausur“ rundete den Besuch in Wesselburen ab.

Ein ganz anderer Aspekt spielte im nächsten Jahre eine Rolle. Am 1. Dezember 2011 besichtigten wir die Druckerei der „Dithmarscher Landeszeitung“ in Weddingstedt bei Heide. Auch hier stand vor allem die Technik, aber auch die Logistik im Vordergrund. Beim Druck und der Verteilung der Printmedien – Erzeugnisse von „Boyens Medien“ von den Zeitungen bis hin zum Telefonbuch spielt der Zeitfaktor eine wichtige Rolle. Ein ausführliches Gespräch mit dem Chefredakteur, Herrn Gerhard Wagner“, schloss sich an, wobei ganz besonders auch schulische Themen eine Rolle spielten.

Auch 2012 führten wir eine Betriebsbesichtigung durch. In Verbindung mit der Mitgliederversammlung beschäftigten wir uns mit der Thematik Abfall und Abfallbeseitigung. Wir besuchten die KBA (Kompost/Bauschutt/Altstoffe) Dithmarschen in Bargaenstedt bei Meldorf, wo uns die Recycling -Anlage und das Kompostierungswerk gezeigt wurden. Übrigens sehr empfehlenswert für die Schule: ALADIN – Außerschulischer Lernort Abfallwirtschaft Dithmarschen auf dem Gelände der KBA.

Nachdem wir unsere Aktivitäten im Jahre 2013 am 29. August mit einer gemütlichen Bootstour auf der Treene von Friedrichstadt nach Schwabstedt und zurück eingeleitet hatten, bei der wir einen Blick auf die schöne Landschaft Stapelholms werfen konnten, stand wie-

derum ein pädagogisches Thema auf dem Programm. Anlässlich unserer Mitgliederversammlung in der „Alten Schule“ in Lieth bei Heide am 18.9. referierte Frau C. Peters vom BBZ Dithmarschen über „Anforderungen und Perspektiven für unsere Schüler/innen aus der Sicht des Berufsbildungszentrums Dithmarschen“. Die enge Zusammenarbeit unserer Schulen mit den berufsbildenden Gymnasien wurde deutlich, und die Fragen von Kolleginnen und Kollegen konnten gut beantwortet werden. Im Mittelpunkt des Jahres 2014 stand die Landwirtschaft, insbesondere der Ökolandbau. Am 28. August besuchten wir die Treibhausanlage des Westhofes in Wöhrden. Hier werden seit 2011 in großem Stil unter Verwendung innovativer Ideen vor allem Tomaten, aber auch Paprika und Gurken unter 4 ha Glas mit eigenem Energiekreislauf angebaut. Zum 1972 von der Familie Carstens gegründeten Westhof, der seit 1989 ökologische Landwirtschaft betreibt, gehören außerdem im Friedrichsgabeke ca. 1000 ha Land, auf dem Bio – Frischgemüse angebaut wird, vor allem auch Möhren und Kohl. Eine eigene Frosterei liefert Tiefkühlware. Der Slogan des Betriebs lautet: „360° Bio von der ökologischen Landwirtschaft über die Weiterverarbeitung bis zur Industrie“. Was folgte in den nächsten Jahren?

Am 9. September 2015 besichtigten wir das Eidersperrwerk. Der Mitarbeiter des Wasser- und Schifffahrtsamtes Tönning, Herr Sönksen, erläuterte uns die Technik des Sturmflutsperrwerkes, und wir informierten uns ausgiebig über die Probleme des Küstenschutzes im Lande.

Am 19. Mai 2016 ging es ins Museum „Alte Apotheke“ in Burg/Dithmarschen. Uns wurden fachkundig die Arbeit einer Apotheke und Aspekte der Gesundheitsfürsorge auf dem Lande bis in die fünfziger Jahre vor Augen geführt. Über die am 1. Juni 2016 folgende Veranstaltung, einer abendlichen Fledermaus – Exkursion ebenfalls in Burg, wurde im „Magazin“ bereits berichtet.

Betriebsbesichtigungen, Museumsbesuche und landschaftskundliche Exkursionen spielen also die Hauptrolle im aufgezeigten „Veranstaltungskatalog“ der IVL Dithmarschen. Wesentlich erscheint uns der Fortbildungscharakter dieser Angebote. Eine Vielzahl von Fächern soll dabei angesprochen werden und die landesweiten „offiziellen“ Veranstaltungen sinnvoll ergänzen. Bei dem einen oder anderen Angebot würden wir uns noch eine größere Resonanz, was die Teilnehmerzahl angeht, wünschen. Alle aktiven Lehrkräfte und vor allem auch die Pensionäre sind herzlich eingeladen.

*Johannes Willer*



## Liebe Ruheständler,

die IVL-SH begrüßt Sie herzlich mit der Rubrik „Informationen Ruhestand“. Wir möchten Sie über aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten in unserem Verband informieren, die ganz besonders unsere Pensionärinnen und Pensionäre, Rentnerinnen und Rentner betreffen. Ehrungen und Glückwünsche finden Sie künftig in dieser Rubrik.

Wie treten Sie mit uns in Kontakt? Dazu die Adressen der Ansprechpartner in den Bezirken:

**Bez. I (Nordfriesland – Schleswig-Flensburg West):** Günter Jacobsen, Dahlacker 2 a, 25866 Mildstedt, Tel. 04841 772606, E-Mail: guenter-jacobsen@t-online.de

**Bez. II (Dithmarschen):** Johannes Willer, Josenburger Weg 1, 25541 Brunsbüttel, Tel. 04825 3246, E-Mail: c.willer@t-online.de

**Bez. III (Rendsburg – Eckernförde – Schleswig-Flensburg Ost):** Gabi Kreuzfeldt, Dorfstr. 40, 24113 Molfsee, Tel. 04347 9317, E-Mail: champsdecroix@t-online.de

Klaus Krüger, Heitmannskamp 1 24220 Flintbek, Tel. 04347 9047120, E-Mail: kdkrueger@t-online.de

**Bez. IV (Hztm. Lauenburg – Lübeck):** Brigitte Drenkhahn, Breitenende 6, 21493 Talkau, Tel. 04156 459, E-Mail: brigitte@drenkhahn-talkau.de

**Bez. V (Untereibe):** Heidrun Schröter, Königsberger Str. 35f, 23795 Bad Segeberg, Tel. 04551 879222, E-Mail: heidrun-schroeter@foni.net

**Bez. VII (Kiel – Ostholstein – Plön):** NN

Kontakte lohnen sich immer! Und: Bleiben Sie der IVL treu!

*Ihr*

*Johannes Willer*

## Geburtstage (Ruheständler ab 65 Jahre)

### April 2017

- 01.04. Martin Wodtke, 24106 Kiel, 68 Jahre
- 01.04. Dagmar Hergt, 23909 Ratzeburg, 60 Jahre
- 03.04. Gudrun Prox-Siemokat, 24576 Bad Bramstedt, 76 Jahre
- 03.04. Elisabeth Helbig, 25436 Tornesch, 63 Jahre
- 04.04. Frauke Martens, 24159 Kiel, 82 Jahre
- 04.04. Brigitta Sypli, 23668 Lübeck, 80 Jahre
- 04.04. Jörg Noglik, 25370 Seester, 67 Jahre
- 06.04. Antje Hirschfelder, 24161 Altenholz, 74 Jahre
- 06.04. Sigrid Kiefmann, 24161 Altenholz, 69 Jahre
- 07.04. Marga Schlichting, 25849 Pellworm, 89 Jahre
- 07.04. Torsten Boll, 25596 Wacken, 62 Jahre
- 08.04. Helmut Petersen-Schmidt, 25746 Heide, 95 Jahre**
- 08.04. Hans-Werner Berger, 23566 Lübeck, 80 Jahre
- 08.04. Bärbel Reidel, 21129 Hamburg, 64 Jahre
- 09.04. Gisela Graeve, 21529 Kröppelshagen-Fahrendorf, 74 Jahre

- 09.04. Heinz Beier, 24232 Schönkirchen, 61 Jahre
- 10.04. Wolfgang Müller, 25704 Niendorf, 77 Jahre
- 11.04. Jürgen Schrader, 25693 St. Michaelisdonn, 78 Jahre
- 11.04. Walter Matthiesen, 23701 Süsel-Zarnekau, 77 Jahre
- 11.04. Helmbert Henning, 23627 Groß Grönau, 76 Jahre
- 12.04. Anna Lorenzen, 25764 Wesselburen, 76 Jahre
- 15.04. Helmer Lange, 21521 Dassendorf, 75 Jahre
- 15.04. Claus Mangels, 24113 Molfsee, 64 Jahre
- 16.04. Norbert Buck, 25875 Schobüll, 64 Jahre
- 16.04. Maria Beyer, 24118 Kiel, 63 Jahre
- 17.04. Uwe Möller, 24340 Eckernförde, 69 Jahre
- 17.04. Friedrich Möller, 24537 Neumünster, 69 Jahre
- 18.04. Silke Brodersen, 24376 Kappeln, 67 Jahre
- 19.04. Erika Grotjan, 23566 Lübeck, 82 Jahre
- 19.04. Manfred Ruß, 23738 Lensahn, 74 Jahre
- 21.04. Joachim Muhtz, 24537 Neumünster, 66 Jahre
- 24.04. Helmuth Gansekow, 27498 Helgoland, 77 Jahre
- 24.04. Brigitte Levzau, 23556 Lübeck, 68 Jahre

25.04. Dieter Kortum, 24768 Rendsburg, 77 Jahre  
 25.04. Rolf Latte, 22846 Norderstedt, 74 Jahre  
 26.04. Ingrid Bindzus, 21481 Lauenburg, 62 Jahre  
 27.04. Barbara Wilhelm, 24211 Preetz, 64 Jahre  
 28.04. Annette Stegemann, 23715 Bosau, 61 Jahre  
 29.04. Kay Mechler, 24161 Altenholz, 60 Jahre  
 30.04. Dörte Nolte, 25569 Kremperheide, 79 Jahre

## Mai

01.05. Ingrid Debler, 23623 Ahrensböök, 72 Jahre  
 01.05. Monika Klüver-Weitenhagen, 24582 Mühbrook, 66 Jahre  
 01.05. Doris Krause-Stoll, 25421 Pinneberg, 64 Jahre  
 01.05. Ursula Posilek, 24220 Flintbek, 64 Jahre  
 01.05. Petra Lamp, 24257 Köhn, 63 Jahre  
 01.05. Sabine Reißling, 24105 Kiel, 62 Jahre  
 03.05. Monica Lee, 22147 Hamburg, 62 Jahre  
 04.05. Ingrid Fischer, 24161 Altenholz/Stift, 64 Jahre  
 04.05. Ernst-Ewald Heitmann, 25463 Groß Nordende, 64 Jahre  
 05.05. Rüdiger Scheibner, 21465 Wentorf, 81 Jahre  
 05.05. Elfriede Thierbach, 23795 Bad Segeberg, 79 Jahre  
 06.05. Edelgard Jähnke, 23858 Reinfeld, 74 Jahre  
 07.05. Harro Rhenius, 23564 Lübeck, 74 Jahre  
 07.05. Claudia Gräfin von Rothkisch-Trach, 22359 Hamburg, 65 Jahre  
 08.05. Walter Rath, 24232 Schönkirchen, 63 Jahre  
 08.05. Reiner Riel, 24784 Westerrönfeld, 79 Jahre  
 08.05. Rosita Prühs, 23744 Schönwalde, 65 Jahre  
**09.05. Martin Nahnsen, 25335 Elmshorn, 92 Jahre**  
 09.05. Arne Claußen, 25489 Haselau, 65 Jahre  
 09.05. Ellen Gruhn, 24119 Kronshagen, 63 Jahre  
 11.05. Elisabeth Steincke, 25746 Heide, 68 Jahre  
 11.05. Wilhelm Sievers, 25746 Heide, 65 Jahre  
 13.05. Elke Blum, 25524 Itzehoe, 69 Jahre  
 16.05. Ute Willer, 25541 Brunsbüttel, 62 Jahre  
 17.05. Erhard Freudenstein, 24340 Windeby, 79 Jahre  
 17.05. Johannes Willer, 25541 Brunsbüttel, 69 Jahre  
 18.05. Heinke Mahrt, 25853 Drelseldorf, 61 Jahre  
 20.05. Armin Schulzig, 24340 Eckernförde, 76 Jahre  
 21.05. Harriet Schalkowski-Zyzik, 25524 Itzehoe, 66 Jahre  
 21.05. Vera Brammann, 24589 Nortorf, 63 Jahre  
 22.05. Achim Böst, 22397 Hamburg, 73 Jahre  
 23.05. Hans-Jörg Strüben, 25761 Büsumer-Deichhaus, 64 Jahre  
 24.05. Uwe Horch, 23562 Lübeck, 75 Jahre  
 24.05. Annelie Stümpert, 24235 Stein, 68 Jahre

25.05. Ulrich Tantau, 23562 Lübeck, 96 Jahre  
 25.05. Rainer Ginzler, 24937 Flensburg, 63 Jahre  
 26.05. Klaus Petzinna, 23843 Bad Oldesloe, 95 Jahre  
 26.05. Uwe Siekermann, 23611 Bad Schwartau, 75 Jahre  
 27.05. Harry Bauer, 24226 Heikendorf, 63 Jahre  
 28.05. Folke Junke, 24159 Kiel, 73 Jahre  
 29.09. Wolfgang Balasus, 25436 Moorege, 67 Jahre  
 29.05. Ingrid von Coler, 23812 Wahlstedt, 66 Jahre  
 29.05. Marion Osmers, 24329 Grebin, 64 Jahre  
 30.05. Jes-Peter Thomsen, 24896 Treia, 65 Jahre  
 31.05. Jürgen Bender, 24146 Kiel, 70 Jahre

## Juni

02.06. Rolf Hartmann, 25813 Husum, 80 Jahre  
 02.06. Gabriele Barthelmann, 24249 Mönkeberg, 61 Jahre  
 02.06. Hans-Joachim Löhmann, 25826 St. Peter-Ording, 60 Jahre  
 04.06. Enno Hinrichs, 25821 Bredstedt, 83 Jahre  
 04.06. Renate Petersen, 25813 Simonsberg, 72 Jahre  
**05.06. Erika Pfahl, 21502 Geesthacht, 93 Jahre**  
 05.06. Uta Woiczewski, 24819 Nienborste, 66 Jahre  
 06.06. Annelene Steffens, 24105 Kiel, 69 Jahre  
 06.06. Susanne Kröger, 25826 St. Peter-Ording, 61 Jahre  
 08.06. Ingrid Ehlers, 24996 Sterup, 69 Jahre  
 08.06. Ingrid Nebendahl, 24119 Kronshagen, 66 Jahre  
**10.06. Gundula Lill, 22880 Wedel, 94 Jahre**  
 11.06. Brigitte Drenkhahn, 21493 Talkau, 65 Jahre  
 14.06. Ingeborg Hinrichs, 25421 Pinneberg, 66 Jahre  
 15.06. Elisabeth Preuß, 21502 Geesthacht, 70 Jahre  
 15.06. Holger Richardt, 21029 Hamburg, 67 Jahre  
 15.06. Jutta Kröger, 23795 Bad Segeberg, 60 Jahre  
 23.06. Klaus Lienau, 23795 Bad Segeberg, 76 Jahre  
 23.06. Doris van der Wielen, 37691 Derental, 74 Jahre  
 23.06. Ute Kühl, 25524 Itzehoe, 64 Jahre  
 24.06. Christa Schiwy, 25709 Marne, 68 Jahre  
 24.06. Matthias Ellebrecht, 24558 Henstedt-Ulzburg, 66 Jahre  
 25.06. Barbara Herden, 23623 Ahrensböök, 62 Jahre  
 26.06. Sabine Braun, 24534 Neumünster, 63 Jahre  
 27.06. Sabine Brügge, 24537 Neumünster, 64 Jahre  
 27.06. Hans Tschirner, 25704 Meldorf, 62 Jahre  
 28.06. Hans-Günter Pinn, 24119 Kronshagen, 66 Jahre  
 28.06. Angelika Wegner, 23109 Kiel, 64 Jahre  
 29.06. Ute Thaysen, 25704 Meldorf, 75 Jahre  
 30.06. Karl Thaden, 25693 St. Michaelisdonn, 70 Jahre





## Aktuelles aus dem Land zwischen den Meeren

### HL-live

03.04.2017

#### Die Gotthard Kühl ist eine starke Schule!

Im Kieler Landeshaus wurde die Gotthard-Kühl-Schule durch Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Britta Ernst ausgezeichnet. Sie erhielt den 4. Landespreis des Projekts „Starke Schule“. Ausgezeichnet werden bei diesem bundesweiten Wettbewerb Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen.

### In-online

03.04.2017

#### Preis für Reinbeker Schule

Silber für die Sachsenwaldschule Gymnasium Reinbek: Beim bundesweiten Energiesparmeister-Wettbewerb 2017 haben die Landessieger aus Schleswig-Holstein hinter der Christlichen Schule aus Dresden-Leuben den zweiten Platz erreicht.

### HL-live

03.04.2017

#### GEW-Vorsitzende zu Gast in Lübeck

Im Rahmen der GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“ besuchte Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Hansestadt Lübeck. Der Besuch bildete den Auftakt für eine Reise durch die Bundesländer. Ziel der Initiative ist es, Druck für zusätzliche Investitionen in die Bildung zu machen.

### Flensburger Tageblatt

03.04.2017

#### Digitale Bildung: Glasfaser – Land SH bringt Schulen ans schnelle Netz

Online-Recherche für die Projektarbeit – das ist heute eigentlich selbstverständlich, geht aber nur, wenn die Verbindung nicht allzu langsam ist und nicht zusammenbricht, sobald eine ganze Schulklasse gleichzeitig beginnt, im Netz zu surfen. Bald soll es im Norden keine Probleme mehr geben, digitale Medien ganz selbstverständlich im Unterricht einzusetzen.

### NDR

31.03.2017

Bei CDU-Wahlerfolg: Prien soll Bildungsministerin werden  
Schleswig-Holsteins CDU-Spitzenkandidat Daniel Günther hat die erste Kandidatin für sein Kompetenzteam offiziell vorgestellt. Im Falle eines Wahlsieges der Christdemokraten bei der Landtagswahl am 7. Mai soll sich Karin Prien um Schule und Bildung kümmern.

### SHZ.de

17.03.2017

#### „Mehr Schaden als Nutzen gebracht“: Gymnasiallehrer fordern Rückkehr zu G9

Das Turbo-Abi steht in der Kritik. Jugendliche sollen nach Ansicht der Lehrer wieder mehr Zeit für Bildung bekommen.

## Die Richtung stimmt!

### Die Tarifverhandlungen 2017 für Angestellte sind zu Ende. Aus Sicht der angestellten Lehrkräfte in NRW lautet das Fazit: Gutes Ergebnis mit kleinem Wermutstropfen.

Gemessen an den Forderungen, die neben der linearen Entgelterhöhung vor allem strukturelle Verbesserungen umfassten, kann man mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen zufrieden sein. Die Entgelte erhöhen sich rückwirkend zum 1. Januar 2017 um 2,0 Prozent, ein Jahr später zum 1. Januar 2018 nochmals um weitere 2,35 Prozent.

### Wichtige Strukturfragen angepackt

Neben dieser linearen Entgelterhöhung standen strukturelle Forderungen im Vordergrund, die die Verwerfungen aus der Umstellung auf das neue Tarifrecht im Jahr 2006 beseitigen sollen. Hierzu zählten vor allem die Forderungen nach einer Weiterentwicklung der Lehrerentgeltordnung mit der Fortsetzung des Angleichungsprozesses, der Einführung einer Entgeltstufe 6 sowie der stufengleichen Höhergruppierung.

Ein nicht unwesentlicher Hintergrund der Verhandlungen zu diesen Fragen beruhte zudem auf der Tatsache,

dass die im Jahr 2015 verabschiedete Lehrerentgeltordnung auf Arbeitnehmerseite nur von einem Tarifpartner unterzeichnet wurde, nämlich dem dbb und tarifunion, in dem auch *lehrer nrw* über seinen Dachverband VdR (Verband deutscher Realschullehrer) vertreten ist. Die Arbeitgeber hätten somit die Verhandlungen zu diesem Themenbereich der Fortentwicklung der Lehrerentgeltordnung allein weiter mit dem dbb verhandelt und wohl auch abgeschlossen.

Kurz vor der abschließenden dritten Verhandlungsrunde haben sich jedoch auch verdi und GEW dazu durchgerungen, die Tarifvereinbarung zur Lehrerentgeltordnung nachzuzeichnen, um in der dritten Verhandlungsrunde zu diesem Themenbereich überhaupt mitwirken und mitentscheiden zu können.

### Entgeltstufe 6 kommt

Die Arbeitgeber, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), lehnten die strukturellen Forderungen als insgesamt deutlich zu hoch ab. Die Verhandlungen gerieten in eine Sackgasse und drohten zu scheitern. Letztendlich zeichnete sich jedoch eine Kompromisslinie ab, die neben der linearen Entgelterhöhung auch eine wesentliche strukturelle Verbesserung umfasste, nämlich die Einführung einer Entgeltstufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15. Diese Entgeltstufe 6 gibt es bereits für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen sowie im Länderbereich in den Entgeltgruppen bis EG 8. Somit ist die neue Entgeltstufe 6 auch als ein überfälliges tarifpolitisches „Nachziehen“ im Länderbereich für die bislang noch nicht berücksichtigten höheren Entgeltgruppen zu betrachten.

### Bitterer Wermutstropfen

Gleichzeitig war diese Kompromisslinie aber nur über den vorläufigen Verzicht der Fortsetzung des Angleichungsprozesses zu erreichen. In der Tat ein bitterer Wermutstropfen, hatte der dbb und tarifunion doch unter großen Mühen und negativen Begleiterscheinungen (siehe Kommentar) diesen schwierigen Tarifkomplex des Abschlusses einer Lehrerentgeltordnung bewältigt.

Dieser Wermutstropfen ist jedoch aus zweierlei Gründen vielleicht nicht so bitter, wie er auf den ersten Blick scheint: Zum einen haben sich die Tarifvertragsparteien in dem diesjährigen Abschluss auch darauf verständigt, dass der weitere Angleichungsprozess in den nächsten beiden Jahren, d.h. vor Beginn der nächsten Tarifverhandlungen, abschließend ausverhandelt werden muss. Zum anderen kommen über die jetzt neu eingeführte Entgeltstufe 6 alle Tarifbeschäftigten in den Genuss der

strukturellen Verbesserung, die meisten aufgrund ihres höheren Dienstalters sofort, die übrigen nach Ablauf der noch zurückzulegenden Zeiten in den anderen Entgeltstufen.

### Breite Akzeptanz

Alles in allem dürfte das Tarifiergebnis auf breite Akzeptanz unter den Beschäftigten stoßen, vor allem wegen der weiteren strukturellen Verbesserung. Zudem ist erkennbar, dass die Arbeitgeber zunehmende Bereitschaft zeigen, auch strukturelle Fragen in den Tarifgesprächen zu verhandeln und zu lösen. Schließlich hat das neue Tarifrecht zu viele Verwerfungen mit sich gebracht, die sich nun in Zeiten eines drohenden Arbeitskräftemangels negativ auswirken. Wer in diesen Zeiten nicht schnell für Abhilfe bei den Mängeln des Tarifrechts sorgt, könnte seine Untätigkeit einmal bereuen.

*Ulrich Gräler ist stellvertr. Vorsitzender lehrer nrw*

*Quelle: Heft 2/17 lehrer nrw*

## Wichtige Hinweise

### Entgeltstufe 6

Anspruch auf die Entgeltstufe 6 haben Tarifbeschäftigte nach einer Laufzeit von fünf Jahren in der Entgeltstufe 5. Die Entgeltstufe 6 wird in zwei Tranchen eingeführt, die erste zum 1. Januar 2018, die zweite zum 1. Oktober 2018.

## Lernen Sie uns aus der Nähe kennen

werden Sie Schnuppermitglied! Völlig kostenfrei und mit allen Rechten eines ordentlichen Mitglieds.

- Ein halbes Jahr für examinierte Lehrerinnen und Lehrer.
- Ein ganzes Jahr für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.



## Kommentar

### Dissonanter Nachklang

Die Tarifverhandlungen 2017 sind erfolgreich zum Abschluss gekommen, obwohl das Ergebnis von 2015 noch lange nachgewirkt hat. Die damals verabschiedete Lehrerentgeltordnung wurde allein vom dbb und tarifunion unterzeichnet, verdi und GEW haben sie strikt abgelehnt. Schon auf der Pressekonferenz zum damaligen Tarifabschluss hatten einige Mitglieder ihrer Verhandlungskommission den Verhandlungsführer des dbb massiv verunglimpft.

#### Fragwürdiges Verhalten der GEW

Im Verlauf der letzten zwei Jahre haben zudem einige Vertreter der GEW wiederholt versucht, die Lehrerentgeltordnung öffentlich in Misskredit zu bringen und dabei mit hämischen Kommentaren nicht gespart (z.B. auf Personalversammlungen, zuletzt noch auf der großen Demo in Düsseldorf vor der dritten Verhandlungsrunde). Das hat nicht nur die gewerkschaftliche Zusammenarbeit belastet, sondern auch zahlreiche nichtorganisierte Lehrkräfte verunsichert.

Gleichzeitig hat aber eine Vielzahl von GEW-Mitgliedern sich nicht abhalten lassen, den Antrag auf Zahlung der Angleichungszulage zu stellen und dadurch die Lehrerentgeltordnung faktisch zumindest zu akzeptieren. Somit hat die Basis der GEW in dieser Frage der offiziellen Gewerkschaftspolitik ganz offensichtlich die Gefolgschaft gekündigt.

Jahrzehntelang hatten die Lehrkräfte auf eine tarifliche Eingruppierung gewartet. Genauso lang hatten sich die Arbeitgeber, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), geweigert, eine Lehrerentgeltordnung zu verein-

baren, obwohl die gleichen Landesregierungen für alle übrigen Branchen des Wirtschaftslebens derartige Tarifverträge stets nachdrücklich eingefordert haben. Nun hatten die Arbeitgeber 2015 ihre Bereitschaft signalisiert, einen Tarifvertrag über die Eingruppierung abzuschließen, der trotz der Komplexität in sich weitgehend sachlogisch aufgebaut und inhaltlich nachvollziehbar war. Deshalb hatte der dbb und tarifunion diesen Tarifvertrag auch unterzeichnet.

#### Ein unrühmliches Kapitel tarifpolitischer Arbeit

Diesen Tarifvertrag jedoch abzulehnen, zwei Jahre lang vehement zu bekämpfen und dann „in letzter Minute“ nachzuzeichnen, zeugt nicht von maßvoller, realistischer sowie weitsichtiger Gewerkschaftspolitik der GEW, von fairem Umgang mit dem Tarifpartner ganz zu schweigen. Ein unrühmliches Kapitel gemeinsamer tarifpolitischer Arbeit.

Jetzt gilt es aber, die kommenden zwei Jahre für die weitere Ausgestaltung der Lehrerentgeltordnung gemeinsam zu nutzen, um für den Schulbereich einen weiteren Zugewinn an Attraktivität zu erzielen.

In der traditionellen Musiktheorie waren dissonante Intervalle und Akkorde nur als „musikalische Durchgänge“ erlaubt, die sich in konsonante Akkorde mit Wohlklang auflösen hatten. Dies ist nun geschehen, auch wenn die Dissonanzen noch nachklingen. Für den Fortgang des Stücks gilt jedoch, dass nur der harmonische Gleichklang am Ende ein spürbar besseres Musikerlebnis ermöglicht. Dessen sollten sich alle Beteiligten bewusst sein!

*Ulrich Gräler*

*Ulrich Gräler ist stellvertr. Vorsitzender lehrer nrw  
Quelle. Heft 2/17 lehrer nrw*

## Aktion

### „Mitglieder werben Mitglieder“

Gewinnen Sie neue Mitglieder für unseren Verband. Überzeugen Sie Ihre Kollegin oder Ihren Kollegen von den vielen Vorteilen einer Mitgliedschaft bei uns.

Für jedes von Ihnen neu geworbene Mitglied erhalten Sie sofort eine Anerkennung von 50 Euro. Unsere neue Beitrittserklärung finden Sie auf der vorletzten Seite.

## Digitalisierung und Kommunikation

Viel wird über Digitalisierung geredet, geschrieben und auch veröffentlicht. Digitalisierung soll unser Zusammenleben verbessern und vertiefen.

Hat das überhaupt Bedeutung für uns, als berufsständische und gewerkschaftliche Organisation?

Ein eindeutiges JA muss ich hier betonen. Wir haben unsere Mitgliederverwaltung effektiver und schneller gemacht. Wir haben die finanzielle Verwaltung unserer IVL verbessert und effektiver gemacht.

Was wir aber noch nicht verbessern konnten, ist die Kommunikation mit unseren Mitgliedern und zu unseren Mitgliedern. Wir werden und wollen den brieflichen Kontakt nicht aufgeben, aber wir müssen akzeptieren, dass dieser inzwischen die teuerste Kommunikationsform ist.

Informationen wollen wir verstärkt via E-Mail austauschen. Das ist kostengünstig und schnell. Wir wissen aber auch, dass wir so nicht alle Mitglieder erreichen können. Von ca. 60% unserer Mitglieder haben wir keine E-Mail-Adresse. Das ist nicht besonders erfolgreich. Ist es Misstrauen vor einer Überflutung?

Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass wir die E-Mail-Kommunikation weiter ausbauen wollen. Das erspart uns Kosten aber auch Zeit. Können Sie sich vorstellen, wie es ist, einige hundert Briefe zu falten, einzutüten und mit Briefmarke zu versehen?

Der digitalen Kommunikation gehört die Zukunft. Wir wollen nicht abseitsstehen. Folgen Sie uns auf diesem Wege, dazu benötigen wir aber ihre persönliche E-Mail-Adresse.

### Warum? Weshalb? Wieso?

Da haben uns in den ersten Monaten dieses Jahres Schreiben einer Reihe von Mitgliedern erreicht, die uns schlicht mitteilen: „**Hiermit kündige ich meine Mitgliedschaft in der IVL zum nächstmöglichen Termin, da ich in Pension gehe.**“

Das eine oder andere Schreiben hat dann noch Zusätze wie „Es war eine angenehme Zeit und ich wünsche in Zukunft viel Erfolg.“

Wenn wir weiterhin Erfolg haben wollen, warum kündigt dieses Mitglied? Erfolg können wir nur haben, wenn Mitglieder bei uns bleiben und auch weiterhin unterstützen.

Der Kündigungsgrund scheint klar zu sein. Die IVL hat während meiner aktiven Zeit als Lehrkraft Vorteile gebracht. Jetzt benötige ich diese Vorteile nicht mehr. Das

Motto ist damit klar: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Wenn man nachfragt, was wir häufig tun, bekommt man überhaupt keine Antwort oder nur sehr vage Andeutungen. Schließen muss man daraus, dass die Betroffenen die „Nase voll“ von Schule haben und allein das Wort „Schule“ nicht mehr hören wollen. Sie haben sich von ihrem Berufsstand gelöst.

Da scheiden Kolleginnen und Kollegen von schöner Zeit. Wie aber passt das zusammen?

Als Seniorin und Senior in der IVL kann die Zeit doch auch schön sein. Vor allem, wenn man sich in die IVL einbringt und unseren Seniorenvertreter, Johannes Wille, unterstützt.

Die finanzielle Seite kann nicht der Grund für die Flucht aus der IVL sein.

Denken Sie dran, bevor Sie uns eine solche Kündigung schreiben, dass wir nur so stark als Gewerkschaft sein können, wie uns unsere Mitglieder stark machen.

Ihr

Harro Rhenius

## Wir wollen in Kontakt bleiben

Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern kann nur dann gut sein, wenn wir jeden Einzelnen auch erreichen können. Leider ist das nicht immer der Fall. Post kommt zurück, weil die Anschrift sich verändert hat, E-Mails werden als nicht zustellbar deklariert und der Bankabruf läuft ins Leere.

Bitte wenden Sie sich an unseren Landesgeschäftsführer oder verwenden Sie doch einfach das auf unserer Homepage zur Verfügung stehende Online-Formular im Mitgliederbereich, um uns die Veränderungen mitzuteilen.

Wir möchten, dass Sie für uns erreichbar bleiben und wir den Kontakt untereinander nicht verlieren.



# Jetzt einfach mitmachen!!!!!!

## Mitglieder werben und tolle Preise gewinnen

Sie wollten immer schon mal eine interessante Städtereise machen? Sie könnten ein neues Smartphone, einen Flachbildfernseher oder eine hochwertige Digitalkamera gebrauchen? Sie möchten sich mit einem guten Weinjahrgang, einem Buch oder etwas Besonderem verwöhnen?

Mit IVL-SH ist das kein Problem. Die Erfüllung eines dieser Wünsche kostet Sie nur ein wenig Tat- und Überzeugungskraft.

Machen Sie mit bei der großen IVL-SH Mitgliederwerbaktion, **vom 01. April bis 31. Dezember 2017**. Für ein geworbenes Mitglied erhalten sie, wie bisher 50 €.

### Unser zusätzlicher Anreiz:

Die zwei Werber, die am Ende des Aktionszeitraumes die meisten Mitglieder – jedoch mindestens 4 neue Mitglieder – für die Interessenvertretung gewonnen haben, können sich eine Wochenendreise, ein Smartphone, ein Fernsehgerät oder eine Digitalkamera im Wert von 500 € aussuchen.





# Feld für Personalisierung???



**Sie machen das Beste  
aus Ihrem Leben.  
Wir aus Ihrem Schutz.**

**Was auch immer Sie im Leben vorhaben, wir von der HUK-COBURG sorgen für den passenden Versicherungsschutz.**

Bei unseren Lösungen sind nicht nur Haus, Auto oder Altersvorsorge sicher, sondern auch die besten Konditionen zum günstigen Preis.

Erfahren Sie mehr über unsere ausgezeichneten Leistungen und unseren Service und lassen Sie sich individuell beraten. Wir sind gerne für Sie da.

**Kundendienstbüro Sabine Henning**

Tel. 0451 45056123  
sabine.henning@HUKvm.de  
Ziegelstraße 2, 23556 Lübeck  
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr  
Mo., Di., Do. 14.00–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Norbert Schwengers**

Tel. 0451 8104184  
norbert.schwengers@HUKvm.de  
Krempelsdorfer Allee 42–44, 23556 Lübeck  
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr  
Mo., Di., Do. 14.00–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Heidi Orminski**

Tel. 0451 5821370  
heidi.orminski@HUKvm.de  
Ratzeburger Allee 111–125  
23562 Lübeck  
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr  
Mo., Di., Do., Fr. 16.00–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Daniela Bievor**

Tel. 0451 66902  
daniela.bievor@HUKvm.de  
Arnimstr. 12 B, 23566 Lübeck  
Mo.–Fr. 8.00–13.00 Uhr  
Mo., Di., Do. 16.30–18.30 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Sandra Rebenstorf**

Tel. 0431 35531  
sandra.rebenstorf@HUKvm.de  
Holtener Str. 352, 24106 Kiel  
Mo.–Fr. 9.00–12.30 Uhr  
Mo., Di. 16.00–18.00 Uhr  
Do. 16.00–19.30 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Birgit Leppin**

Tel. 0431 726677  
birgit.leppin@HUKvm.de  
Schönberger Str. 24, 24148 Kiel  
Mo., Di., Do., Fr. 8.30–13.00 Uhr  
Mo., Di., Do. 15.00–18.00 Uhr  
Mi. 8.30–14.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Carsten Schulz**

Tel. 04342 8584866  
carsten.schulz@HUKvm.de  
An der Mühlenau 3–5, 24211 Preetz  
Mo., Do. 9.00–13.00 Uhr  
und 15.00–20.00 Uhr  
Di. 9.00–18.00 Uhr  
Mi., Fr. 9.00–14.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Anke Feldes**

Tel. 04351 667755  
anke.feldes2@HUKvm.de  
Langebrückstr. 26, 24340 Eckernförde  
Mo.–Fr. 9.00–12.30 Uhr  
Mo., Di., Do. 14.00–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Jutta Grimmelsmann**

Tel. 04321 2720  
jutta.grimmelsmann@HUKvm.de  
Hauptstr. 30, 24536 Neumünster  
Mo.–Fr. 8.30–12.30 Uhr  
Mo., Di., Do. 15.00–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Thomas Korsch**

Tel. 04331 22927  
thomas.korsch@HUKvm.de  
Friedrichstädter Str. 50, 24768 Rendsburg  
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr  
Mo., Di., Do. 15.00–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Anke Feldes**

Tel. 04621 27627  
anke.feldes@HUKvm.de  
Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig  
Mo.–Fr. 9.00–12.30 Uhr  
Mo., Di., Do. 14.00–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Ulrich Markowsky**

Tel. 0461 9402543  
ulrich.markowsky@HUKvm.de  
Ochsenweg 17, 24941 Flensburg  
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr  
und 14.30–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro  
Bettina Tempich-Braunhart**

Tel. 0461 13093  
bettina.tempich-braunhart@HUKvm.de  
Bismarckstr. 40, 24943 Flensburg  
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr  
Mo.–Do. 15.30–18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Eric Eckstein**

Tel. 0481 78769126  
eric.eckstein@HUKvm.de  
Bahnhofstr. 22 A, 25746 Heide  
Mo., Di., Do. 9.00–17.00 Uhr  
Mi. 9.00–14.00 Uhr  
Fr. 9.00–14.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro Marco Lorenzen**

Tel. 04841 6622900  
marco.lorenzen@HUKvm.de  
Markt 10–12, 25813 Husum  
Mo., Di., Do. 9.00–18.00 Uhr  
Mi. und Fr. 9.00–14.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig